



Berichte vom Bundesdelegiertentag 1990

Grußwort und Ansprache
Dir. Müller, Bonn
Seite 1

Vortrag von Dr. Arnold,
SCS-Informationstechnik, Bonn
Seite 4

Geschäftsbericht des
Bundesvorstandes
Seite 6

Pressespiegel zum
Bundesdelegiertentag
Seite 8

**Konstituierende Sitzung
des Bundesvorstandes**
Seite 8

**Berichte aus dem
Bundesvorstand:**
Privatisierung der
DBP TELEKOM
Seite 9

Glückwunsch an Dr. Christian
Schwarz-Schilling
Seite 9

Keine Bemessungskürzung
im BemBer 372 BF
Seite 9

Neuordnung der Ausbildung
Seite 10

Aus den Bezirken

Bezirk Franken
Seite 10
Bezirk Hamburg
Seite 11
Bezirk Rhein-Ruhr
Seite 11

Redaktionsschluß für die
nächste Ausgabe ist am
23. März 1991

VDFP-Bundesdelegiertentag 1990

vom 08. – 10. 11. 1990 im Frankfurter Volksbildungsheim

130 Delegierte aus dem Bundesgebiet waren im Frankfurter Volksbildungsheim zum Bundesdelegiertentag 1990 versammelt. Der Bundesvorsitzende Peter Behrend konnte neben den Delegierten zahlreiche Ehrengäste aus Wirtschaft und Verwaltung begrüßen:

Dir. Herbert Müller, GD TELEKOM, Bonn
Dipl.-Ing. Joseph Eisenried, Präsident des BAPT, Mainz
PDir Lemke, OPD Frankfurt, Bereich TELEKOM,
Frau Heidi Reppel, Bezirkspersonalrat OPD Frankfurt
Horst Lipperheide, Stellvertretender Vorsitzender, CGP, Köln
Hans Stegemann, Leiter der Abt. Telekommunikation, DPG, Ffm
Dipl.-Ing. Karlheinz Wanderer, Vorstandsmitglied des DPV, Köln
Hans-Joachim Otto, FDP-Bundestagsfraktion, Bonn
Hans Busch, Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Frankfurt,
SPD-Fraktion der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung
Dr. Hans Burggraf und Paul Labonté, CDU-Fraktion der
Frankfurter Stadtverordnetenversammlung

Besonders begrüßte er den Referenten der Eröffnungsveranstaltung: Dr. Franz Arnold, Mitglied der Geschäftsführung der SCS Informationstechnik GmbH, Bonn.

In seiner Eröffnungsrede ging der Bundesvorsitzende Peter Behrend auf die Personalsituation im mittleren technischen Dienst ein. Dabei nahm er u. a. Stellung zu den jüngsten Erfolgen der VDFP und sagte: „Daß wir jetzt den Einstieg in den mittleren technischen Dienst bei A 6 haben, ist ein Verdienst der VDFP, die diesen Einstieg seit vielen Jahren gefordert hat!“

Die Grüße des Vorstandsvorsitzenden der Generaldirektion TELEKOM, Helmut Ricke, überbrachte PDir Herbert Müller, Leiter des Geschäftsbereichs 72 der Generaldirektion TELEKOM.

In seiner Rede sagte Dir. Müller:

„... Die Telekommunikation nimmt in einer Zeit des Wandels von der Industrie- zur Informationsgesellschaft zweifellos eine Schlüsselposition ein.“

Zu den traditionellen Produktionsverfahren Arbeit, Kapital und Boden hat sich die Information als vierter unwiderruflich gesellt. Wissenschaftler sagen voraus, daß in unserem Land bis zum Ende des Jahrzehnts die Telekommunikation beim Anteil am Brutto-sozialprodukt gar den Automobilsektor überholt.

Ohne funktionierende Telekommunikation sind Staat und Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig, wie sich in der jüngsten Geschichte unseres Landes sehr eindrucksvoll gezeigt hat.

Dem Unternehmen Deutsche Bundespost TELEKOM fällt als **dem** deutschen Telekommunikationsunternehmen hierbei ein breites Betätigungsfeld mit vielen großen Herausforderungen, aber auch ein besonderes Maß an Verantwortung gegenüber unseren Bürgern und der Wirtschaft zu.

Die für uns derzeit mit Abstand wichtigste und bedeutendste Herausforderung ist die Fusion der beiden deutschen Telekomunternehmen und der Aufbau einer modernen Infrastruktur für 17 Millionen Menschen in den fünf neuen Bundesländern und dies muß rasch geschehen."



Dir. Müller während seiner Ansprache auf dem VDFP-Bundesdelegiertentag 1991 in Frankfurt

„Die Ausgangssituation in Ostdeutschland ist kurzgefaßt folgende:

Die technischen Ausrüstungen des Fernmeldenetzes der ehemaligen DDR sind überlastet, veraltet und verbraucht. Marode Leitungen und fehlende Technik behindern den nationalen und internationalen Fernmeldeverkehr.

Zur Schaffung einer modernen, am Standard der westlichen Bundesländer orientierten Infrastruktur im Beitrittsgebiet hat die Deutsche Bundespost TELEKOM ein Konzept mit dem Namen „**TELEKOM 2000**“ erarbeitet.

Dieses sehr ehrgeizige Konzept sieht vor, in den nächsten sieben Jahren u. a. 7,2 Mio. neue Telefonanschlüsse, rund 360 000 Telefaxanschlüsse, 50 000 Datex-P-Anschlüsse, 2,2 Mio. Kabelfernsehanschlüsse und flächendeckende Mobilfunknetze vom Typ C und D zu errichten.

Erste Priorität hat bei diesem Programm die Deckung des Telekommunikationsbedarfs der Wirtschaft, da deren Entwicklung der Schlüssel zu Vollbeschäftigung und Wohlstand ist.

Für mittlere und große Wirtschaftsunternehmen haben wir daher ein Sonderprogramm aufgelegt. Dabei bedienen wir uns vornehmlich der Möglichkeiten, die Satelliten und Mobilfunk bieten.

Das Programm soll sicherstellen, daß diese Unternehmen bereits bei Arbeitsbeginn im Beitrittsgebiet jeweils im Minimum eine schnelle Datenleitung und einen Telefon- oder Telefaxanschluß erhalten können.

Wir machen nicht nur Programme, wir führen bereits seit Öffnung der Grenzen konkrete Maßnahmen durch. Zum Jahresende erhöhen sich die Telefonleitungen außerhalb Berlins in Ost/West-Richtung um das Zwanzigfache auf 2 000 und in umgekehrter Richtung um das Dreifache auf ebenfalls 2 000.

Nach 100 000 neuen Telefonanschlüssen in diesem Jahr wird diese Zahl im nächsten Jahr bereits verdreifacht und wir werden den jährlichen Zuwachs steigern.

1994 wollen wir bereits jährlich über eine Million Telefonanschlüsse einrichten, was dem heutigen jährlichen Zuwachs im Westteil der Republik entspricht. Engpässe, die dennoch entstehen können, werden durch den grob flächendeckenden Ausbau des C-Mobilfunknetzes gemildert.

Bis Ende 1991 wird den Geschäftskunden auf allen Autobahnabschnitten und in allen größeren Städten durch den Ausbau des C-Mobilfunknetzes eine Kommunikationsform angeboten, die einen wesentlichen Wettbewerbsvorsprung sichern kann.

Im Rahmen des Programms „TELEKOM 2000“ liegt der Investitionsbedarf für die notwendigen technischen Einrichtungen und deren Positionierung im Markt in den nächsten 7 Jahren bei etwa 55 Mrd. DM.

Rund 20 Mrd. DM, gut ein Drittel der Gesamtsumme, entfallen auf Bauleistungen, Ausrüstungen und Montageleistungen. Da sie vor Ort erbracht werden, geht von der Deutschen Bundespost TELEKOM ein wesentlicher Impuls für die Industrie und mittelständische Unternehmen in den neuen Bundesländern aus.

Wir werden natürlich neben unserer großen nationalen Aufgabe in Ostdeutschland unsere anderen Aktivitäten nicht vernachlässigen.

Die TELEKOM ist seit Jahresanfang auf dem Weg von einer Behörde zu einem Dienstleistungsunternehmen. Unternehmerisches Handeln heißt für uns erstens, daß wir uns an den Wünschen der Kunden zu orientieren haben. Wir müssen unsere Kunden durch unsere Leistungen, unsere Qualität, unseren Service und unsere Preise überzeugen.

Ein verbessertes Vertriebsnetz und verbesserte Beratungsleistungen sind zum Beispiel Elemente unserer Dachstrategie, die wir derzeit für die Deutsche Bundespost TELEKOM festlegen.

So wird es beispielsweise künftig für Großkunden in der Bundesrepublik in ausgewählten Oberpostdirektionen besondere Einsatzteams geben. Daneben wird auf regionaler Ebene ein Spezialvertrieb etabliert, der sich komplexer und für die TELEKOM strategisch wichtiger Dienste annimmt:

Das sind Mobilfunk, Netzwerke für die unternehmensinterne Kommunikation und Breitbanddienste wie Videokonferenzen. Um kleinere Firmenkunden vor Ort, die Standardequipment und -dienste nachfragen, sorgt sich der örtliche Geschäftskundenvertrieb.

Unternehmerisches Handeln bedeutet für uns zweitens, daß wir marktwirtschaftlich denken und uns dem Wettbewerb stellen. Dieser Wettbewerb aber endet - und dies gilt besonders für die weltweite Verflechtung der Kommunikationssysteme - nicht an den Grenzen unseres Landes. Er ist international, er ist global.

Auch unsere Kunden sind zunehmend international und wir treffen auf weltweit operierende Wirtschaftsunternehmen, auf deren Wünsche wir uns einstellen müssen.

Wir haben deshalb als ersten Schritt Tochtergesellschaften in Brüssel, Paris, London, New York und Tokio gegründet. Sie repräsentieren die Deutsche Bundespost TELEKOM im Ausland, pflegen Kontakte, akquirieren (werben), beraten und betreuen Kunden.

Vorrangiges Ziel ist dabei nicht, globaler Netzbetreiber und Dienstanbieter zu werden. Uns liegt vielmehr daran, zur Zusammenarbeit mit internationalen Netzbetreibern mit dem Ziel einer sinnvollen, marktgerechten Arbeitsteilung zu kommen.

Ganz entscheidend für das Gelingen unserer vielfältigen Vorhaben sind hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die TELEKOM entwickelt z. Zt. ein umfassendes Personal-konzept. Nicht nur leistungsgerechte Bezahlung, sondern auch berufliche Förderung von qualifizierten Mitarbeitern stehen bei uns mehr noch als in der Vergangenheit im Vordergrund.

Die Deutsche Bundespost TELEKOM wird in diesem Jahr mit ihren nunmehr rund 260 000 Mitarbeitern einen Gesamtumsatz von über 40 Mrd. DM erreichen und mit rund 20 Mrd. DM der mit Abstand größte Investor sein. Die Dynamik unseres Geschäfts darf uns jedoch nicht den Blick trüben für die Notwendigkeiten der ständigen Rationalisierung aller unserer Verrichtungen.

Rationalisierung bezieht sich im Unternehmen TELEKOM wie in allen Wirtschaftsunternehmen nicht nur auf den Personalbereich, sondern auch auf die Bereiche Arbeitsabläufe und Investitionen. Nur der ökonomische Umgang mit unseren Ressourcen wird zu wettbewerbsgerechten Preisen zum Wohle des Unternehmens und letztendlich seiner Mitarbeiter führen.

Sie sehen, das Unternehmen TELEKOM und seine Mitarbeiter stehen vor wahrlich großen Herausforderungen. Herausforderungen, wie sie vermutlich von

ihrer Tragweite und Bedeutung her noch nie für ein Unternehmen und seine Beschäftigten gegolten haben.

Neben dem Wandel von einer Behörde zu einem öffentlichen Unternehmen sind wir in weiten Bereichen dem scharfen Wind des Wettbewerbs ausgesetzt. Die Hinwendung zum Kunden und seinen speziellen Bedürfnissen und Anforderungen an unser Leistungsunternehmen stellt hohe Anforderungen an Leistungsbereitschaft und Flexibilität unserer Mitarbeiter.

Nun aber zu einigen berufs- und personalpolitischen Problemen:

In wenigen Wochen wird die erste Abschlußprüfung im neuen Ausbildungsberuf Kommunikationselektroniker (Ke) bei der Deutschen Bundespost TELEKOM stattfinden. Die Erwartungen an die jungen Nachwuchskräfte für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst sind hoch. Ich brauche Ihnen keinen Rückblick zu geben auf die Gründe, die den Umstieg vom Fernmeldehandwerker und somit auch eine Neuordnung der BfT-Ausbildung notwendig machten; Sie kennen die Notwendigkeiten und die Entwicklung. Bei der Neukonzeption BfT, die nächste Woche dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt wird, gehen wir davon aus, daß die Ke nach der Ausbildung sofort auf Arbeitsplätze BfT, AFt oder ArbFt eingesetzt werden. Die Bezahlung wird nach unserer Zielsetzung, unabhängig von dem tatsächlich wahrgenommenen Arbeitsplatz, in den ersten beiden Berufsjahren einheitlich sein und unterhalb der LGr I liegen. Die Besetzung der Dienstposten wird nach den bei der Abschlußprüfung zur Berufsausbildung Ke gezeigten Leistungen vorgenommen, die unmittelbare Besetzung von freien, nach Haushalts- und Betriebskriterien besetzbaren BfT-Dienstposten ist möglich. Alle Nachwuchskräfte durchlaufen zunächst eine zweijährige Orientierungsphase. Für die Ke besteht ein Lehrgangsangebot der Fernmeldeschule. Die Lehrgänge sind fachlich übergreifend ausgerichtet und müssen erfolgreich besucht werden.

Im zweiten Abschnitt der Orientierungsphase finden weitere Ausbildungslehrgänge statt. Nach deren Leistungsnachweisen wird dann über ein förmliches Feststellungsverfahren den Ke, die einen BfT-Dienstposten besitzen, die Laufbahnbefähigung zuerkannt. Die Verhandlungen hierüber sind aber noch nicht abgeschlossen.

Unabhängig davon ist sich die TELEKOM bewußt, daß sie zunehmend mit Unternehmen der privaten Wirtschaft beim „run“ auf qualifizierte Mitarbeiter in Konkurrenz tritt und einiges bieten muß, will sie nicht leer ausgehen.

Entscheidend für die Entwicklung unseres Unternehmens ist insbesondere, daß es über qualifizierte Kräfte im technischen Bereich verfügt. Wir wissen dies!

Die anerkannten guten Sozialleistungen der Unternehmen der Deutschen Bundespost sind ebenfalls gute - wenn auch nicht entscheidende Argumente - die für unser Unternehmen sprechen.

Flexiblen Mitarbeitern muß man auch flexible Arbeitsbedingungen zugestehen. Wir sind der Auffassung, daß gleitende Arbeitszeit nicht nur für das Personal, sondern auch für das Unternehmen Vorteile bietet, weil es die Motivation der Beschäftigten erhöhen kann und wir stellen daher derzeit intensive Überlegungen zur Einführung der Gleitzeit an.

Ein besonderes Anliegen Ihrer Mitglieder ist sicherlich die Möglichkeit des Aufstiegs in den gehobenen Dienst. Wir werden den Aufstieg von Angehörigen des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst weiterhin betreiben und zwar als personalpolitische Maßnahme, besonders qualifizierte Mitarbeiter des mittleren Dienstes zu fördern, zur Abschöpfung des im eigenen Unternehmen für Führungsaufgaben vorhandenen qualifizierten Kräftepotentials und natürlich zur Bedarfsdeckung im gehobenen Dienst.

Und noch eins: Schauen Sie sich im Unternehmen kritisch um, fangen Sie sofort an, in Ihrem Wirkungskreis Mißstände zu beseitigen, wirtschaftlicher zu handeln, Personal zu motivieren und zu einem guten Betriebsklima beizutragen.

Sorgen Sie außerdem für ein gutes Image der TELEKOM in der Öffentlichkeit, bei Freunden und Bekannten. Nutzen Sie Ihre Spielräume konsequent aus und verhalten Sie sich bei Ihrem Handeln als Unternehmer zum Wohle unserer Kunden des Unternehmens und seiner Beschäftigten.

Seien Sie nicht enttäuscht, wenn sich Ihre Vorstellungen nicht sofort umsetzen lassen und Veränderungen im Unternehmen erst nach und nach sichtbar werden.

Ich darf Sie zum Schluß herzlich bitten, daß Sie - die von den Mitgliedern Ihrer Vereinigung gewählten Vertreter - diesen Bundesdelegiertentag nicht nur als einen Markt sehen, in dem Sie sich persönlich über aktuelle Entwicklungen informieren können, sondern daß Sie sich, zurückgekehrt an Ihre Arbeitsplätze und in den Kreis Ihrer Kollegen, als Multiplikator unserer Unternehmensziele und unserer Unternehmensphilosophie verstehen."

* * *

In dem nachfolgenden Vortrag über die Auswirkungen des Poststrukturgesetzes auf das Unternehmen TELEKOM ging Dr. Franz Arnold (unser Bild) insbesondere auf die Regulierungstendenzen und auf die Zukunft des ISDN-Netzes näher ein.

Auszug aus dem Vortrag von Dr. Franz Arnold:

„Was hat uns das Strukturgesetz gebracht? Erstens die Trennung von Regulierung und Betrieb. Persönlich bin ich davon absolut überzeugt, daß dies notwendig war, es war nicht zu vermeiden. Es wäre auf die Dauer ein Handicap für den Betrieb gewesen,



wenn die Regulierung dabei geblieben wäre. Ich selbst war einmal gleichzeitig Regulierer und oberster Betreiber dieser Fernmeldenetze, aber diese Verknüpfung würde heute nicht mehr funktionieren. In einem Wettbewerb kann man nicht gleichzeitig Schiedsrichter und Spieler sein; es hätte die TELEKOM an der Beteiligung am Wettbewerb gehindert.

Sie wissen alle, ich wollte den Telefaxdienst 1979 boomten lassen und MiniTel-Strategie bei Btx 1980 machen. Dies wurde damals aus ordnungspolitischen Gründen - man wollte die TELEKOM nicht im Wettbewerb von Endgeräten haben - verhindert. Deshalb boomt der Telefaxdienst erst zehn Jahre später; d. h. diese Regulierungsabtrennung war absolut notwendig und gerechtfertigt.

Was ist eigentlich daraus geworden? Die Liberalisierungsdebatte geht unverändert - sogar noch nach dem neuen Gesetz - weiter und wird noch beschleunigt: sowohl aus internationaler aber vor allem aus nationaler Sicht. Da muß ich mich mit dem Regulierer sehr kritisch auseinandersetzen: Die Gefahr besteht und ist inzwischen eigentlich die wesentliche Ursache, daß wir unvermindert eine weitere Liberalisierungsdiskussion haben, denn der Regulierer wird überregulieren - er wird zuviel regulieren; ich kann der TELEKOM nur den Rat geben, sich massiv - und ich werde ihr dabei helfen - gegen den Regulierer zur Wehr zu setzen.

Derzeit findet ein Regulieren gegen die TELEKOM statt: Die TELEKOM soll vom Regulierer dazu gezwungen werden, bei ihren Monopoldiensten kostenorientierte Gebühren zu verlangen.

Wer Tarifpolitik im Fernmeldewesen gemacht hat, weiß, daß Kosten schwer zu definieren sind. Ich würde als TELEKOM sagen: Der Regulierer soll auch sein eigenes „Geld“ verdienen; das heißt, es ist nicht einzusehen, daß so viele Dienstposten des Regulierers einfach vom Staat bezahlt werden. Der Regulierer kann ruhig von der TELEKOM bezahlt werden - aber

nur für das, was notwendig ist zu regulieren. Aber im Augenblick ist es so, daß der Regulierer vom Staat bezahlt wird und die TELEKOM ihre Einnahmen aus ihren Gebühren erwirtschaften muß.

Es stellt sich die Frage nach den Ausnahmereichen des Monopols wie z. B. die Mobil- und die Satellitendienste. Hier zeigt sich schon heute eine Tendenz, daß wir das Monopol auf die Infrastruktur, auf die Übertragungsleitungen sowie das Monopol auf den Telefondienst nach meiner Voraussetzung nicht mehr sehr lange werden halten können.

Aus meiner Sicht ist es ziemlich klar, daß wir in Kürze bereits Einbrüche bei Mietleitungen - auch auf dem internationalen Sektor - bekommen.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ich bin sicher, daß die EG erzwingen wird, daß die europäischen Bahnen neben den Telekomverwaltungen auf ihren eigenen Netzen Glasfasernetze errichten werden und diese Glasfasernetze als Mietleitungen an Dritte anbieten dürfen. Dies ist nicht mehr zu verhindern.

Zu dieser Situation kommt noch die Wiedervereinigung mit der DDR. Diese Wiedervereinigung stellt für uns erst einmal eine technische Herausforderung dar. Diese technische Herausforderung ist etwas Wunderbares für uns Techniker.

Nur birgt diese Herausforderung zwei Gefahren. Die erste ist eine unternehmenspolitische Gefahr. Eine Gefahr die heißt: Wenn „drüben“ so viele Kräfte gebunden werden, dann besteht die Gefahr, daß man das auf Zukunft orientierte bei uns in Westdeutschland hinten anstellt. Konkret: Wenn wir „dort drüben“ Telefonanschlüsse bauen, dann ist die Gefahr, daß man über die „schleppende“ oder fast nicht vorhandene Einführung von ISDN nicht mehr nachdenkt. Dies wäre eine tödliche Gefahr, weil uns dies vom internationalen Wettbewerb abkoppeln würde.

Die zweite Gefahr die ich sehe, ist eigentlich die größere. Niemand wird in zwei bis drei Jahren in Ostdeutschland nur das geringste Verständnis für die TELEKOM haben, wenn er keinen Telefonanschluß bekommt. Die Wiedervereinigung ist dann längst vergessen. Wir werden nach drüben gehen und feststellen, daß wir keinen Telefonanschluß bekommen. Die Erklärungen, die alle stimmen und obwohl jeder Fachmann und jeder Industrielle weiß, daß man Fernmeldenetze in Aufbauzeiten von sechs, acht oder zehn Jahren errichten muß, werden keinen Menschen interessieren. Dies führt dazu, daß man sagt, dieses öffentlich-rechtliche Unternehmen Deutsche Bundespost TELEKOM ist nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Und in erster Linie wird man dazu sagen: weil das Unternehmen öffentlich-rechtlich ist.

Dies ist eine viel schlimmere Gefahr, dies wird nämlich die ordnungspolitische Diskussion über öffentlich-rechtlich aber vor allem über Monopol oder Nicht-Monopol sehr wesentlich beschleunigen.

Meine Strategie wäre: Die TELEKOM muß mit Privaten zusammenarbeiten, wenn sie das Heft in der Hand behalten will.

Wird sie nicht mit Privaten zusammenarbeiten und eine Aufgabe - die man nicht gewinnen kann - alleine

versuchen, so wird dies letzten Endes dazu führen, daß ohne ihre Führung Private in diesen Markt einbrechen werden. Das heißt konkret, ich würde zumindest schon als Defensivstrategie die neuen östlichen Bundesländer mit Privaten zusammen aufbauen.

Wenn dann in zwei bis drei Jahren feststellbar ist, daß eben noch nicht alles zum Besten steht, dann kann die TELEKOM zumindest sagen: Ich habe alles Gewöhnliche und Außergewöhnliche getan, um diese Nachfrage zu sichern.

Die wichtigste und größte Chance der TELEKOM ist das ISDN-Netz. Wenn man weiß, daß das Sprachmonopol früher oder später fallen wird, dann muß die TELEKOM versuchen, mit einem neuen leistungsfähigen Netz, möglichst schnell, möglichst viele Kunden zu binden. Wenn dann Wettbewerb da ist, dann hat man diese Kunden bereits und man tritt im Wettbewerb ganz anders an.

Die TELEKOM oder die frühere Deutsche Bundespost hat das Netz hervorragend aufgebaut - im Vergleich mit anderen europäischen Verwaltungen sind wir echt die Nummer 1. Nur eines haben wir nicht: **Kunden**. Und das hängt mit der einfachen Tatsache zusammen, daß der, der das erste Telefon hatte, nicht viel Spaß daran hatte. Mit Kompliziertheit gesagt, der Wert eines neuen Dienstes hängt zu Beginn bis zu einer kritischen Schwelle für Teilnehmer wiederum ab von der Zahl der Teilnehmer selbst. Ich setze die kritische Schwelle bei ISDN-Hauptanschlüssen bei einer Größenordnung von einer Million.

Mein Rat an die TELEKOM: Eine Art Windhundrennen für diese erste Million in der Öffentlichkeit zu erzeugen und zu sagen: Die erste eine Million Anträge für ISDN - in den Jahren 1991, 1992 und 1993 - bekommen

1. die Anschlußgebühren nicht für DM 74,- sondern für DM 40,- und

2. bekommen sie das erste Terminal, sprich das ISDN-Telefon, frei - geschenkt!

Ich bin überzeugt, daß es funktionieren würde, daß wir eine Million Anschlüsse bekommen würden und daß dann ganz automatisch die Entwicklung durch die Ankündigung einsetzen wird, daß die Industrie Endgeräte entwickelt. Wenn die TELEKOM dann die eine Million auch noch kauft, wird der Preis für den ISDN-Apparat von vielleicht DM 800,- auf DM 350,- oder DM 400,- sinken.

Was würde passieren, wenn die TELEKOM in zwei bis drei Jahren eine Million ISDN-Endgeräte verschenkt? Dann kostet das 400 Millionen und dies ist weniger als die Zinsverluste bei ISDN jedes Jahr, wenn ISDN ganz langsam anläuft.

Ich glaube, daß man mit dem neuen Vorstand der TELEKOM solche Dinge durchaus machen kann, ich habe nicht das Gefühl, daß man dort auf taube Ohren stößt. Entgegen allen ordnungspolitischen Schwierigkeiten und Argumentationen halte ich es für richtig, denn in der kritischen Anfangsphase benötigt man eine Hebammenfunktion des Netzbetreibers zum Anlaufen der Dienste.

Ein zweites Gebiet möchte ich ansprechen - ein Wettbewerbsbereich der heute sehr im Vordergrund steht -

Endgeräte und Nebenstellenanlagenvertrieb. Dazu muß ich sagen, die TELEKOM tritt in diesem Endgerätemarkt heute schlecht vorbereitet an.

Im wesentlichen sehe ich das darin begründet, daß sich in den letzten zweieinhalb Jahren vor der Neufassung des Poststrukturgesetzes jeder mit dem Poststrukturgesetz statt mit dem Markt befaßt hat. Deshalb befürchte ich, daß die TELEKOM hier Anteile verlieren wird. Hier muß sie auch verlieren, da sie ja bisher 100 % am ersten Hauptanschluß hatte.

Aber daneben gibt es in Deutschland einen Markt an Zweit- und Drittapparaten, der von mir auf 30 bis 40 Millionen geschätzt wird - ohne die großen Nebenstellenanlagen. An diesem Markt wird leider Gottes die TELEKOM nur zum geringen Anteil partizipieren, weil sie einfach von ihrer Struktur erstens noch nicht vorbereitet ist und zweitens weil sie natürliche Nachteile hat, die in ihrem System liegen, die man wiederum nicht beseitigen kann - zum Beispiel die Frage von „link sales“.

Deshalb ist es besonders wichtig, daß sie ihre Vorteile nutzt und sie hat wesentliche Vorteile. Sie hat 8 000 oder 10 000 Entstörer. Ich hätte keinerlei Hemmungen, diese Entstörer auch für den Verkauf, sprich: Endverkauf, und nicht nur Vermietung von Endgeräten einzusetzen. Meine Lieblingsidee ist, daß der Entstörer unsere Apparatepalette immer im Auto hat und die Kunden gleich bezahlen.

Dazu gehört natürlich auch, wenn wir konkurrenzfähig sein wollen in diesem teilnehmernahen Bereich, daß wir uns der Entwicklung stellen; daß eben auch Installationskits und derartige Dinge kommen werden, die die Kunden selber kaufen und dann selbst Leitungen verlegen und dergleichen. Und wir müssen unsere Entstörer mit den gleichen einfachen Möglichkeiten ausstatten.

Auch private Unternehmen sind nicht in der Lage, den zusammenwachsenden Markt von Telekommunikation und EDV durch Ausbildung des eigenen Personals abzudecken. Letzten Endes sind diese Welten einzeln für sich schon so kompliziert, daß man auch in der Privatindustrie Know-how aus dem anderen Bereich nicht dazulernen, höchstens dazukaufen kann.

Siemens hat Nixdorf gekauft, das wissen Sie. Ich hätte gerne gesehen, daß TELEKOM vielleicht bei Nixdorf mitgeboten hätte - da hätten wir EDV einkaufen können. Aber dies ist leider noch nicht möglich, weil der Gesetzgeber zwar dies nicht ausdrücklich im Gesetz stehen hat, aber ein politischer Konsens besteht, die TELEKOM aus der vertikalen Integration, sprich aus der Produktion von Hardware in jeder Form herauszuhalten. Dies halte ich bei dem Szenarium, das ich sehe, nämlich, daß es zu immer mehr Wettbewerb kommen wird, für fatal und falsch.

Allerdings gehört zu allem eine gewisse Vorwärtsstrategie und da müßte ich jetzt auch Sie darum bitten, dieser TELEKOM auch bei der vielen Kritik - die ja im einzelnen oft auch gerechtfertigt ist - eine gewisse Chance in Richtung Geduld zu geben.

Die neue TELEKOM existiert wirklich erst zehn Monate, oder ein bißchen mehr - also geben wir ihr doch eine Chance und darum bitte ich Sie schon als Kollegen der

TELEKOM. Wenn wir diese nicht geben, dann ist der Weg in die Privatisierung nicht aufzuhalten.

Aus meiner Sicht wäre das fatal, weil dann ein ordnungspolitisches Modell, um das ich sehr gekämpft habe, nämlich, daß es Sinn macht, Öffentlich-rechtliche im Wettbewerb zu Privaten zu stellen, weil sie einen zusätzlichen Aspekt in den Wettbewerb bringen, daß dieses Modell dann gescheitert wäre.

Ich glaube, Deutschland dürfte gerade unter den neuen Gegebenheiten der Wiedervereinigung einen Probelauf ergeben, ob man öffentlich-rechtlich mit privat in einer Weise zusammenknüpfen kann, daß öffentlich-rechtlich überleben kann. Gelingt dies nicht, dann wird aus öffentlich-rechtlich früher oder später privat."

* * *

Der zweite Sitzungstag wurde durch den Bundesvorsitzenden Peter Behrend eröffnet.

Danach wurde die vorliegende Tagesordnung verlesen und von der Versammlung einstimmig genehmigt.

Der vorliegenden **Geschäftsordnung für den Bundesdelegiertentag 1990** wurde zugestimmt und mit der Führung der **Tagesleitung** folgende Kollegen betraut: Bernd-Peter Reimann, Kurt Wetzlar, Willi Mager und Hermann Scheiterlein.

Den Wahlen der Antrags-, Mandatsprüfungs- und Wahlkommissionen folgte der Geschäftsbericht des Bundesvorstandes. In diesem Bericht sagte der Bundesvorsitzende Peter Behrend u. a.:

„... Wir haben zwei interessante Jahre hinter uns: Politisch die Neustrukturierung und die Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR und wir haben feststellen müssen, daß zumindest im Jahre 1989 ein Dornröschenschlaf bei der Deutschen Bundespost stattgefunden hat, da im Hinblick auf die kommenden Vorstände - um hier nicht vorzugreifen - kaum politische Entscheidungen durchgeführt wurden.

Der Bundesvorstand hatte jedoch in der Zwischenzeit Gespräche mit dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation wegen unserer Forderung „**Einstieg in A 6**“ für den mittleren technischen Dienst geführt.

Diese Forderung zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten zwei Jahren.

Mit der Bildung der Generaldirektion TELEKOM wurde dieses Thema auch beim Vorstand der Generaldirektion (GD) vorgetragen.

Bei Beginn unserer Gespräche lag unsere Forderung erheblich höher: die VDFP forderte eine Laufbahn von A 7 bis A 11. Wir mußten den Einstieg finden und mehr als der Einstieg bei A 6 konnte zum damaligen Zeitpunkt nicht erreicht werden.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, in dem das Eingangsamt von A 5 nach A 6 angehoben wurde, kam im Mai 1990 zur Beschlußfassung in den Bundesrat.

Bei einem Gespräch mit dem TELEKOM-Vorstandsvorsitzenden Helmut Ricke im August 1990 mußten wir feststellen, daß die entsprechenden Verfügungen für die Anhebungen noch nicht realisiert waren. Erst auf unsere Nachfragen hin war erkennbar, daß frühestens im September 1990 damit zu rechnen sei. Wir finden dies vom zeitlichen Ablauf her als entschieden zu langsam, da bekanntlich auf der Ebene der Oberpostdirektionen noch zusätzliche Verzögerungen auftreten. . . . ”



Der Bundesvorsitzende Peter Behrend gab einen umfassenden Bericht über die Geschäftsjahre 1988/1990.

„. . . Eine weitere Verbesserung konnten wir bei den **Bewertungen der Ausbilder Pt** erreichen. Die VDFP hatte für die Ausbilder BfT und die Ausbilder Pt eine gleiche Bewertung gefordert. Diese berechnete Forderung wurde auf dem Bundesdelegiertentag 1988 aufgestellt. Die VDFP konnte in Gesprächen erreichen, daß die alte Bewertung der Ausbilder BfT auf die Ausbilder Pt ausgedehnt wurde. . . . ”

„. . . Ein weiterer Punkt unserer Aktivitäten bildeten die Themen „**Statusfragen**“ und „**Funktionsvorbehalt**“. Bei Gesprächen mit der Generaldirektion TELEKOM erhielten wir ausweichende Antworten auf unsere Fragen nach dem Einsatz von Beamten und/oder Tarifpersonal auf Dienstposten des mittleren technischen Dienstes. Hinzu kam mittlerweile der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Hierdurch wird erneut die Frage einer „Verbeamtung“ akut.

In diesem Zusammenhang sind viele ungeklärte Fragen durch die bestehenden Bildungsabschlüsse in der ehemaligen DDR offen. Insbesondere sind die Studienabschlüsse auf dem Gebiete der Hochschul- und Fachhochschulstudien sowie die Bildungsabschlüsse im Fernstudium ungeklärt. Es ist jedoch erkennbar, daß diese Bildungsabschlüsse niedriger eingestuft werden. Hierdurch entstehen Verschiebungen im Laufbahngefüge, die sich auf den mittleren technischen Dienst auswirken. . . . ”

„. . . Für die Nachwuchsgewinnung hatte im Frühjahr 1990 das **Zentralamt für Mobilfunk** in Münster Techniker als Angestellte durch riesige Zeitungsannoncen gesucht. Der Bundesvorstand hatte sich daraufhin schriftlich um die Klärung der Frage bemüht, ob sich auch BfT/BPt-Kräfte auf diese Angestelltenposten bewerben können. Grundsätzlich ist dies möglich. Die

Verwaltung ist bei diesem Verfahren davon ausgegangen, daß sich die vorgenannten Techniker eher durch den vorhandenen Arbeitsmarkt mit Angestellten besetzen lassen. . . . ”

„. . . Seit dem Bundesdelegiertentag 1988 diskutieren wir die **Frage der Leistungszulagen**. Mit der Schaffung der Postzulagenverordnung ist unsere Auffassung zu diesem Thema unverändert: Wir lehnen die Leistungszulagen, da sie nicht ruhegehaltstfähig sind, ab. Wir befürchten, daß die Leistungszulagen nach dem „Gießkannenprinzip“ vergeben werden. Wir sind der Meinung, daß Leistungszulagen kein Ersatz für fehlende Beförderungen sein können. . . . ”

„. . . Wir kritisieren auch weiterhin die **Benachteiligung des mittleren technischen Dienstes bei der Einführung neuer Dienste**. Uns ist bewußt, daß bei der Planung und Entwicklung neuer Dienste sehr wohl Ingenieurwissen gefordert ist. Wir vermissen jedoch bei der Ausführung die angemessene Berücksichtigung der BfT/BPt-Kräfte. Wir werden zu prüfen haben, inwieweit unsere Verwaltung ihre Zusage einhält, wonach nach Ablauf des Planungs- und Entwicklungsstadiums eine angemessene Beteiligung und anteilige Ausweitung des mittleren technischen Dienstes erfolgt. . . . ”

„. . . Beim Thema **Verwendungsaufstieg** sind wir weiterhin der Auffassung, daß fehlende CfT-Kräfte durch Verwendungsaufsteiger abgedeckt werden. Hierbei sollte nach unserer Auffassung die Altersgrenze herabgesetzt werden. Wir meinen, daß man freie CfT-Dienstposten schon mit BfT-Kräften A 8 besetzen könnte und somit eine schnellere Beförderung nach A 9 erreicht.“

Im nachfolgenden „**Bericht des Kassierers und der Kassenprüfer**“ wurden vom Kollegen H. Scheiterlein die Kassenberichte des Bundesvorstandes, der Redaktionskasse der VDFP-Nachrichten, und des Arbeitskreises Werbung und Information vorgetragen. Die Kassenprüfer bestätigten dem Kassierer eine korrekte und übersichtliche Kassenführung. Sie beantragten gleichzeitig dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt wurde die **Entlastung** des gesamten Vorstandes beantragt; sie wurde einstimmig erteilt.

Bei den **Neuwahlen** des Bundesvorstandes wurden folgende Kollegen gewählt bzw. wieder gewählt:

Bundesvorsitzender	Peter Behrend, Berlin
Stellvertretende Bundesvorsitzende	Franz Roschkowski, Dortmund Johann Fleischer, Bergen
Schriftführer	Bernd-Peter Reimann, Frankfurt
Stellvertretender Schriftführer	Rolf Klug, Schwerte
Kassierer	Hermann Scheiterlein, Frankfurt
Stellvertretender Kassierer	Kurt Wetzlar, Eschborn
Beisitzer	Reinhold Gering, Blieskastel Klaus-Jürgen Haas, Empingen Waldemar Hörle, Frankfurt Dieter Kimminus, Riesweiler Rainer Klasen, Remscheid Manfred Wagner, Schwäbisch-Hall

Als Kassenprüfer für die Kasse des Bundesvorstandes wurden die Kollegen Norbert Stanzel (Echzell) und Uwe Schaffer (Hanau) gewählt.

Zum Abschluß des Bundesdelegiertentages 1990 und gleichzeitig als Abschluß der Werbeaktion 1990, wurden vom ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Josef Rieger die zur Werbeaktion ausgesetzten Preise vergeben.

Der beste Werber, Kollege Fritz Sauer von der BzV Nordbaden, konnte eindeutig festgelegt werden. Aber nachfolgend waren die 3 Kollegen: Richard Acht, BzV Rheinland; Johannes Ziegler und Werner Kraus, beide BzV Südbayern, mit gleichen Ergebnissen plazierte.

Ursprünglich war vorgesehen, nur die drei besten Werber auszuzeichnen. Aber ein Losentscheid hätte für einen der 3 Kollegen ein ungerechtes Urteil ergeben. Deshalb hat der Arbeitskreis Werbung und Information die Wertung kurzerhand auf vier Preise angehoben. Dadurch konnten alle 3 Zweitplatzierten ihre verdiente Auszeichnung mit nach Hause nehmen.

An dieser Stelle bedanken wir uns nochmals bei den vorgenannten Kollegen für die geleistete Arbeit zur Werbeaktion 1990!

* * *

Pressespiegel zum Bundesdelegiertentag 1990

Mit der nachfolgenden Presseinformation wurde die örtliche Presse von der VDFP-Pressestelle von dem bevorstehenden Bundesdelegiertentag der VDFP informiert:

„Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post veranstaltet in der Zeit vom 08. - 10. November 1990 ihren Bundesdelegiertentag 1990 im Frankfurter Volksbildungsheim.

An dieser dreitägigen Veranstaltung nehmen 150 Techniker aus dem mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost teil.

Im Mittelpunkt der Eröffnungsveranstaltung zum Bundesdelegiertentag 1990 steht ein Vortrag von Dr. Franz Arnold, Mitglied der Geschäftsführung der Firma „SCS Informationstechnik GmbH“, Bonn, zum Thema „Wettbewerbs-Chancen des Unternehmens Deutsche Bundespost TELEKOM und EG Binnenmarkt“.

Im internen Teil des Bundesdelegiertentages 1990 werden personelle Probleme behandelt, die sich durch die Anbietetung ständig neuer Kommunikationsdienste immer mehr verschärfen. Besonders die Vergleiche von Personalbestand und Personalbedarf werden zur kritischen Betrachtung von Verwaltungsvorgaben führen.

Die anhaltende Personalfuktuation zu der bei gleicher Leistungsanforderung besser zahlenden Industrie ist nicht mehr übersehbar und kann nicht durch ständiges „Reden“ über Nachwuchsschwierigkeiten verdrängt

werden. Das Problem ist einzig und allein mit der schon lange notwendigen Angleichung der Besoldung an die Leistungsanforderung zu lösen. Hierzu wird der Bundesdelegiertentag 1990 gezielte Forderungen erstellen. Weitere Beratungspunkte des Bundesdelegiertentages 1990 sind die Auswirkungen der Dreiteilung auf das Unternehmen Deutsche Bundespost sowie die beruflichen Aussichten für die Techniker des mittleren technischen Dienstes der Deutschen Bundespost im kommenden EG-Binnenmarkt.“

* * *

Unter der Überschrift **„Fernmeldetechniker wollen höhere Zulage“** berichtet die bekannte Frankfurter Tageszeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom Bundesdelegiertentag der VDFP:

„Die neue Wettbewerbssituation, der sich die Telekom durch die Zulassung privater Kommunikationsdienste seit Juli gegenübersteht, stand im Mittelpunkt der Bundesdelegiertentage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP) in Frankfurt. An der dreitägigen Veranstaltung nahmen 150 Techniker aus dem mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost teil. Um auf dem deutschen Markt und demnächst auf dem europäischen Binnenmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, müßten finanzielle Anreize für die Fernmeldetechniker geschaffen werden, sagte der Bundesvorsitzende Peter Behrend. Die Delegierten forderten die Anhebung der sogenannten Technikerzulage, die seit 30 Jahren bei dem Pauschalbetrag von 20 Mark stagniere. Darüber hinaus wolle die Vereinigung eine gerechtere Verteilung der im Oktober eingeführten Leistungszulage, berichtete der stellvertretende Bundesvorsitzende Franz Roschkowski. Gegenwärtig werde die Zulage für „Dienstgüte“ erteilt, ein Kriterium, das nach Ansicht Roschkowskis „nicht nachvollziehbar“ ist. Die Delegierten bemängelten auch die „unflexiblen Strukturen“ der Technikerlaufbahn. Zum einen müßten „Hürden abgebaut werden, um mehr Technikern die Laufbahn in den höheren Dienst zu ermöglichen“, sagte Behrend. Zum anderen forderte der Bundesvorsitzende Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen der Laufbahn, die den Fernmelder zum staatlich anerkannten Techniker qualifizierten.“

* * *

Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes

Am 07. und 08. Dezember 1990 fand in der VDFP-Bundesgeschäftsstelle die Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes statt.

Die **Neufassung der Geschäftsordnung** und die **Geschäftsverteilung** ausführlich behandelt:

– Für das Geschäftsjahr 1991 wurden folgende Sitzungstermine festgelegt:

15. März	07. und 08. Juni
06. und 07. September	06. und 07. Dezember

- An den vorgenannten Tagen ist der Bundesvorstand unter der Rufnummer (06173) 6 78 78 in der Geschäftsstelle zu erreichen.
- Jeweils am Samstag nach den vorgenannten Sitzungen des Bundesvorstandes ist „**Redaktions-schluß**“ der nächsten VDFP-Nachrichten. (Änderungen der Sitzungstermine bedeuten gleichzeitig Änderungen der Redaktionstermine!)
- Die **Koordinatoren** für die Arbeitskreise des Bundesvorstandes wurden wie folgt festgelegt:

Arbeitskreis (AKr)	Koordinator
TS	Reinhold Gering
Nachwuchskräfte	Rainer Klasen
Versorgung	Peter Behrend
Marketing/Vertrieb	Franz Roschkowski
Laufbahngestaltung	Rolf Klug
FuÜ/FeÜ	Manfred Wagner
FeV/Sv	Rolf Klug
DÜ	Reinhold Gering
MgF/PIF/BF	Manfred Wagner
PIL/BBz	Rolf Klug
DV/SPC	Dieter Kimminus
MT/Pt	Klaus-Jürgen Haas
BBi	Rainer Klasen
Sonderaufgaben/ Behandlung der Anträge des Bundesdelegiertentages 1990	Johann Fleischer
Werbung & Information/ Pressestelle/N-Redaktion	Waldemar Hörle
Leiter der Bundesgeschäftsstelle	Kurt Wetzlar

Privatisierung der DBP TELEKOM?

In den letzten Wochen wird in der Presse und auf Plakaten verschiedener Verbände bundesweit von der Privatisierung des Unternehmensbereiches TELEKOM der Deutschen Bundespost gesprochen.

Der VDFP-Bundesvorstand hat hierzu in gleichlautenden Schreiben den Bundesminister für Post und Telekommunikation, Dr. Christian Schwarz-Schilling, den Bundesminister der Finanzen, Dr. Theo Waigel und das Mitglied des Bundestages Rainer Funke, F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag um Stellungnahme gebeten:

„Presseveröffentlichungen der letzten Tage konnten wir entnehmen, daß die Bundesregierung und hier insbesondere der Bundesminister der Finanzen an einer Privatisierung der DBP TELEKOM interessiert sind.

Gründe hierfür sollen laut Presseveröffentlichungen in der angeblichen Überforderung der DBP TELEKOM beim Aufbau eines funktionierenden Telekommunikationsnetzes in den neuen Bundesländern liegen. Dem Vernehmen nach soll auch Bundeskanzler Dr. Kohl auf einer der letzten Sitzungen des Bundeskabinetts eine juristische Prüfung der Möglichkeiten einer Privatisierung der DBP TELEKOM angeordnet haben.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Minister, daher um eine Stellungnahme, inwieweit Ihr Haus an einer beabsichtigten Privatisierung der DBP TELEKOM interessiert ist.“

(Anm. d. Red.: Siehe Seite 12, „Keine Privatisierung der DBP TELEKOM“)

* * *

Dr. Christian Schwarz-Schilling leitet weiterhin das Ministerium für Post und Telekommunikation

Der Bundesvorstand hat Herrn Dr. Christian Schwarz-Schilling zu seiner erneuten Berufung in das Bundeskabinett als „Bundesminister für Post und Telekommunikation“ seine Glückwünsche übermittelt.

* * *

Keine Bemessungskürzung im Bemessungsbereich 372 BF

In dem neu herausgegebenen Anhang 372 BF zur DA Bem Ä und der gleichzeitig geänderten OrgRichtl 372 BF sind durch Aufgabenverlagerungen von Tätigkeiten von CFt nach BFt nach Meinung der VDFP Bemessungskürzungen zu erkennen. Der Bundesvorstand hatte deshalb die Generaldirektion TELEKOM angeschrieben und dazu nachfolgendes Antwortschreiben erhalten:

„In Ihrem Schreiben teilen Sie uns mit, daß nach Ihrer Meinung mit der Herausgabe des Anhangs 372 BF zur DA Bem Ä und auf Grund von Aufgabenverlagerungen

- *eine erhebliche Bemessungskürzung zu erkennen ist,*
- *nicht genügend Zeit für eine angemessene Bauaufsicht durch die Bemessung garantiert wird und*
- *das Prüfen und Berichtigen der Ausführungsunterlagen für Bauvorhaben in der neuen OrgRichtl 372 BF dem Aufgabenträger 372 00 StV/Sb zugeordnet wurde.*

Dem Einwand, daß es durch Aufgabenverlagerungen zu erheblichen Bemessungskürzungen gekommen ist, muß widersprochen werden. Die vorgenommenen Aufgabenverlagerungen in der OrgRichtl 372 BF führen nicht ursächlich zu einer Bemessungskürzung, vielmehr entsprechen diese Verlagerungen dem in den Dienststellen vorgefundenen Ist-Zustand. Durch diese Aufgabenverlagerungen wird die Zuständigkeit des Aufgabenträgers MA BFt weiter aufgewertet.

Auch Ihrem Einwand, die Neubemessung garantiere nicht genügend Zeit für die Bauaufsicht, müssen wir widersprechen. Die Wahrnehmung der Bauaufsicht stellt den größten Teil der Tätigkeiten des Mitarbeiters BFt dar. Dies wurde auch bei der Bildung der Bemessungswerte berücksichtigt. Durch die Neubemessung wird deshalb ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt, um die Interessen unseres Unternehmens gegenüber den Aufbaufirmen zu wahren.

Ihrem Einwand, daß die Aufgabe mit der Ordnungszahl 112.9 (Vorhaben abschließen; hier: Übereinstimmung der Ausführungsunterlagen mit tatsächlicher Ausführung prüfen; ggf. einen Satz Unterlagen handschriftlich berichtigen; berichtigte Unterlagen an DSt PIF bzw. FTZ zurückgeben) weiterhin von dem Aufgabenträger MA BfT wahrgenommen werden sollten, stimmen wir zu. Auch wir halten den Mitarbeiter BfT wegen seiner Detailkenntnisse über das jeweilige Bauvorhaben für den geeigneten Aufgabenträger. Durch einen Druckfehler in der OrgRichtl 372 BF wird diese Aufgabe dem Sachbearbeiter zugeordnet. Die Berichtigung der OrgRichtl ist vorgesehen. Bei der Neubemessung wurden die entsprechenden Tätigkeiten bei dem Aufgabenträger MA BfT berücksichtigt."

* * *

Neuordnung der Ausbildung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst (BfT)

Mit der Neuordnung der Metall- und Elektroberufe ist auch bei der Deutschen Bundespost die neue Berufsausbildung zum/zur Kommunikationselektroniker/in eingeführt worden. Dies macht auch die Neuordnung der Ausbildung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes (BfT) erforderlich.

Wesentliche Kennzeichen dieser Neuregelung sind:

Besetzung von freien und nach Haushaltskriterien besetzbaren Personalposten (Persp) BfT durch Kommunikationselektroniker/innen unmittelbar nach der Ausbildung aufgrund des Prüfungsergebnisses unter Einbeziehung der Wünsche der Betroffenen. Ausgenommen hiervon sind solche Arbeitsplätze, die Führungs- und Aufsichtsaufgaben wahrzunehmen haben (die hierfür vorgesehenen Kräfte müssen zunächst Berufserfahrung gewinnen).

Die übrigen Kommunikationselektroniker/innen werden auf freien Arbeitsplätzen für Arbeiter oder auf Dienstposten des einfachen Dienstes beschäftigt. Ein späterer Wechsel auf Persp BfT ist möglich.

Orientierungsphase von festgelegter Dauer (24 Monate) zu einheitlicher Bezahlung unterhalb der Lohngruppe I für alle Kommunikationselektroniker/innen.

Zuerkennung der BfT-Laufbahnbefähigung nach Bewährung auf Persp BfT und der erfolgreichen Teilnahme an Lehrgängen für Kräfte auf Persp BfT.

Qualifikationsangebote für Kräfte, die auf Persp ArbFt/AFt verbleiben auf der Basis freiwilliger Teilnahme. Qualifikation ist - bis auf die fachspezifischen Teile der BfT-Laufbahnbefähigung - inhaltlich gleich.

Nach der Orientierungsphase **Wahlmöglichkeit des Status** auf Dauer als Beamter oder Tarifkraft auf Persp BfT. Entgegenstehende Regelungen werden angepaßt.

Die Ausbildung des ersten Jahrgangs Kommunikationselektroniker wird mit der Abschlußprüfung im Februar 1991 beendet sein. Auf sie soll die neue Ausbildung BfT, an deren weiteren Regelungen die zuständigen Fachbereiche der GD TELEKOM mit Nachdruck arbeiten, bereits angewendet werden.

Aus den Bezirken

Bezirk Franken

Am 08. Dezember 1990 wurde in der Kantine des FA 2 Nürnberg die Jahreshauptversammlung der VDFP-Franken durchgeführt.

Der Bezirksvorsitzende Emanuel Kohler konnte zu Beginn der Veranstaltung Kollegen Josef Rieger aus Fulda, den Ehrenvorsitzenden des Bezirks Franken, Kollege Franz Lankes sowie Kollegen aus den Bereichen der Fernmeldeämter Ansbach, Bad Kissingen, Bayreuth, Würzburg und Nürnberg begrüßen.

Kollege Rieger gab in einem Vortrag einen Überblick über die personelle und technische Entwicklung bei den Fernmeldeämtern. Dabei betonte er, daß durch die Hilfe der VDFP-Arbeitskreise Bewertungsverbesse- rungen in fast allen Fachbereichen erreicht werden konnten. Er ist der Ansicht, daß die Vergabe von Dienstposten völlig falsch gelaufen ist.

In der Erhöhung des anrechnungsfreien Betrags bei den Renten von 20 auf 40 Prozent sieht Rieger ein Verdienst des AKr Versorgung.

Zum Technischen Service sagte Rieger in seinem Vortrag, der Test mit den neuen Fahrzeugen läuft zur Zeit. Aber die Instandsetzung der Apparate seien noch nicht ausgereift. Außerdem meinte er, dem Kunden solle draußen „auch etwas verkauft“ werden können, dazu aber müßten auch die Apparate im Vertrieb vorhanden sein.

Zum Schluß seines Vortrages rief Kollege Rieger die jüngeren Kollegen auf, in der VDFP aktiv mitzuarbeiten: „Diese Vereinigung hat vieles für die Kollegen des mittleren technischen Dienstes getan und ich möchte, daß sie weiterwächst.“

In der nachfolgenden Aussprache sagte Rieger zum Thema Leistungszulagen: Der Postverwaltungsrat lehnt in seiner Mehrheit die Leistungszulagen ab, weil die Anzahl der Empfänger immer größer geworden ist. Wer eigentlich Leistungszulagen bekommt, weiß bis jetzt kein Mensch.

Im Anschluß daran berichtete der Bezirksvorsitzende Kohler über die Fahrten nach Bad Kissingen, Würzburg und Bayreuth.

Zu Beginn der Neuwahlen zum Bezirksvorstand gab Kollege Kohler bekannt, daß er nach 30jähriger Tätigkeit im Bezirksvorstand nicht mehr als Vorsitzender des Bezirks kandidieren möchte.

Die Neuwahlen zum Bezirksvorstand brachten folgendes Ergebnis:

Bezirksvorsitzender	Kollege	J. Mayer
Stellvertreter	die Kollegen	Neher und Jakob
Schriftführer	Kollege	Hildner
Stellv. Schriftführer	Kollege	Sopper
Kassierer	Kollege	Beer
Stellv. Kassierer	Kollege	Hirner

Als Beisitzer wurden die Kollegen Kohler, Obermeier und Mathes gewählt.

Eine besondere Anerkennung gab es für den Kollegen Hollweg: Kollege Kohler bedankte sich bei ihm für die Betreuung der VDFP-Kollegen im ehemaligen FA 3 und überreichte ein Präsent.

Inhalt

Seite 2

**VDFP-Bundesvorstand
bei der Generaldirektion
TELEKOM**

**Regelung für den
Arbeitseinsatz
bei Rufbereitschaft**

**Glückwunsch für den
VDFP-Ehrenvorsitzenden
Karl Fischer**

Seite 3

**Überarbeitung der
OrgRichtl 326 Dv**

Privatisierung

**Aus den Arbeitskreisen
AKr Laufbahngestaltung**

Seite 4

Arbeitskreis MT/Pt

**Aus den Bezirken
Arbeitstagung der
VDFP-Südbayern
Bezirk Hamburg**

Seite 5

**Bezirk Münster
Bezirk Hessen**

Seite 6

**Presseveröffentlichung
der VDFP-Rheinland**

Bezirkstag der VDFP-Freiburg

Seite 7

**Informationen für
Versorgungsempfänger**

**Redaktionsschluß für die
nächste Ausgabe ist am
4.10.1991**



Der neue LWL-Meßplatz K 1186 von Siemens ist ein tragbares Meßgerät, das die optische Dämpfung, die Leistung und die Reflexionsdämpfung in Lichtwellenleitern mißt. Für Streckenmessungen läßt sich der K 1186 simultan als LWL-Telefon einsetzen. Ein grafikfähiges LC-Display zeigt die Meßwerte in Watt oder in Dezibel an.

Wird der K 1186 als optischer Dämpfungs- und Leistungsmesser eingesetzt, vergleicht er die Meßwerte mit fest abgespeicherten Referenzwerten. In zwei Steckplätzen sind Sender, Empfänger oder ein LWL-Telefon beliebig kombinierbar. Für die Sprechverbindung ist nur ein LWL-Lichtwellenleiter notwendig, da das Gerät im Vollduplex über Monomode- oder Multimode-Fasern arbeitet.

Siemens Presseinformation

VDFP-Bundesvorstand bei der Generaldirektion TELEKOM

Der VDFP-Bundesvorstand führte zum Entwurf der Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnordnung für den mittleren technischen Dienst (APLO) ein Gespräch mit der Generaldirektion TELEKOM.

Hierzu ist positiv zu berichten, daß ein großer Teil der VDFP-Forderungen im Entwurf der APLO Berücksichtigung gefunden hat.

Insbesondere unsere Vorstellungen zur praktischen und fachtheoretischen Ausbildung fanden ein positives Echo.

Die VDFP-Forderung, keine Differenzierung der Kommunikationselektroniker/elektronikerinnen (Ke-n) nach schulischen Bildungsabschlüssen vorzunehmen, ist im APLO-Entwurf erfüllt.

Alle Ke-n durchlaufen nach der Berufsausbildung eine zweijährige Orientierungsphase in Fachbereichen. Diese endet für Kräfte auf Personalposten des mittleren technischen Dienstes mit einer Prüfung. Die mit

Bestehen der Prüfung erreichte Zuerkennung der Qualifikation "**Technischer Fachwirt TELEKOM**" ist positiv zu bewerten, da es erstmals erreicht wurde, mit einer bestandenen Laufbahnprüfung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst eine Qualifikation zu erreichen.

Im weiteren Gespräch war zu erkennen, daß die Generaldirektion TELEKOM plant, auch den Industriemeister einzuführen. Einzelheiten hierüber liegen noch nicht vor. Die VDFP wurde gebeten, zu diesem Thema Vorschläge zu unterbreiten. Der Arbeitskreis Laufbahngestaltung hat sich zwischenzeitlich mit dieser Aufgabe befaßt.

In einem weiteren Gespräch wurde ein Problem zur SRegIF angesprochen. Tagespauschvergütung und Stundensatz führen z. B. dazu, daß der Mitarbeiter Kundendienstbetrieb (TS AtNr 386 25) nach dem Stundensatz entschädigt wird, wogegen der Nebenstellenanlagenentstörer die Tagespauschvergütung erhält, obwohl in beiden Fällen die gleichen Tätigkeiten vorliegen.

Diese Fragen sind im zuständigen Fachbereich bekannt; es wurde zugesagt, daß die angesprochenen Probleme mit einer Überarbeitung nachgeregelt werden.

Regelung für den Arbeitseinsatz bei Rufbereitschaft

Zur Regelung der Rufbereitschaft hat die VDFP die Generaldirektion TELEKOM angeschrieben und folgende Änderungen vorgeschlagen:

"Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post ist sich im klaren darüber, daß aufgrund der benutzungsrechtlichen und vertraglichen Bindungen zwischen der DBP TELEKOM und ihren Kunden sowie im Interesse eines stets funktionsfähigen Fernmeldebetriebes der Einsatz des Personals auch außerhalb der planmäßigen Dienstzeit erforderlich ist.

Nach unserer Auffassung bedürfen jedoch die Regelungen für den Arbeitseinsatz bei Rufbereitschaft folgender Änderungen:

1. Wird der Beamte durch Rufbereitschaft in Anspruch genommen, dann wird ihm ein Freizeitanspruch von einem Sechstel der Rufbereitschaft (minus 10 Stunden Schwellwert) gewährt.
2. Dem Betroffenen wird die Wahlmöglichkeit zwischen Freizeitausgleich (soweit dienstlich möglich) und Ausgleichszahlung eingeräumt.
3. Wenn für einen Einsatz während der Rufbereitschaft ein privates Kfz benutzt wird, sind die Fahrtkosten wie bei einem aPkw (derzeit DM 0,40/km) zu erstatten.
4. Für die Bereithaltung des privaten Pkw während der Rufbereitschaft ist eine entsprechende Entschädigung zu zahlen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn diese Änderungen baldmöglichst in die Regelungen für den Arbeitseinsatz bei Rufbereitschaft aufgenommen würden."

In dem Antwortschreiben dazu sagt die Generaldirektion TELEKOM:

"... für Ihr Schreiben, mit dem Sie das Instrument der Rufbereitschaft für Beamte und die von uns dazu für eine Reihe von Dienstbereichen inzwischen getroffenen Regelungen positiv ansprechen, danken wir Ihnen.

Sie stellen zugleich Anregungen vor, bei einzelnen Punkten zu einer noch günstigeren Verfahrensweise zu kommen.

Darauf gehen wir wie folgt ein:

Rechtsgrundlage der Abgeltung von Rufbereitschaftszeiten von Beamten ist die nach jahrelangen Abstimmungen zustande gekommene Allgemeine Verwaltungsvorschrift des BMI zu § 79 BGG vom 08.09.89. Sie enthält die bekannten Konditionen, die für die DBP TELEKOM als öffentlichem Unternehmen bindend sind.

Dies betrifft zum einen die Höhe des Freizeitausgleichs von 1/8 der Rufbereitschaftsdauer, die im Monat über 10 Stunden hinausgeht.

Es betrifft zum anderen aber auch die Art des Ausgleichs, für den die Verordnung "innerhalb des Monats" ausdrücklich und ohne Alternative den Ausgleich durch Freizeit vorschreibt.

Benutzt der Beamte sodann für einen Einsatz während der Rufbereitschaft sein privates Kfz, so erhält er dafür Fahrkostenerstattung entsprechend dem BRKG. Das schließt einen ggf. erhöhten Satz ein, sofern das Kfz als privateigen anerkannt (aPkw) ist. Mit den Vergütungssätzen für aPkw



Herzlichen Glückwunsch

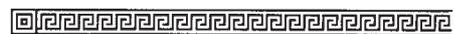
Karl Fischer,

über viele Jahre Bundesvorsitzender und seit nunmehr 6 Jahren Ehrenvorsitzender der VDFP feierte am 25.04.1991 seinen

70. Geburtstag.

Wir gratulieren ihm recht herzlich und wünschen ihm noch viele frohe, gesunde und zufriedene Jahre.

VDFP-Bundesvorstand
VDFP-Pressestelle



gelten sämtliche Kosten als abgedeckt, die dem Beamten bei der dienstlichen Benutzung des Pkw entstehen.

Zusammenfassend möchten wir darauf hinweisen, daß wir in die Regelung auch eine Reihe nicht selbstverständlicher Bestandteile einbezogen haben, wie z. B. die "Doppelanrechnung" der Zeiten von Rufbereitschaft und Einsatz sowie die Anerkennung von Wegezeiten. Wir bitten daher um Verständnis, wenn wir die für die Dienststellen der DBP TELEKOM gefundene Praxis aus unserer Sicht als ausgewogenes Gesamtpaket werten und in dieser Form vorerst beibehalten."

Überarbeitung der OrgRichtl 326 Dv

Da im Aufgabenbereich 326 Dv die Zuordnung der Aufgaben zu den Aufgabenträgern mit den Arbeitsabläufen nicht mehr übereinstimmt, hat der Bundesvorstand mit folgendem Schreiben erneut bei der GDT um Änderung der OrgRichtl gebeten:

"... im Zusammenhang mit der Zuordnung der Aufgaben zu den Aufgabenträgern im Aufgabenbereich 326 Dv haben wir die Vorstellungen der VDFP schriftlich am 27.07.89 an das BMPT gerichtet.

Mit Antwortschreiben BMPT vom 24.08.89 wurde uns die Herausgabe der überarbeiteten Richtl 326 Dv für das I. Quartal 1990 in Aussicht gestellt; weiterhin sollten unsere Anregungen bei der Neugestaltung der Richtl berücksichtigt werden.

Wir bitten Sie daher um Auskunft über den aktuellen Sachstand. Den bisherigen Schriftverkehr fügen wir als Anlage bei."

Von der GDT erhielten wir dazu folgende Stellungnahme:

"... Die Überarbeitung der OrgRichtl 326 Dv hat sich wegen der Komplexität der Materie und der gerade in diesem Bereich sehr schnell fortschreitenden technischen Innovationen verzögert. Ein aktualisierter Entwurf der OrgRichtl, der auch eine überarbeitete Zuordnung der Aufgaben zu Aufgabenträgern beinhaltet, wurde uns erst Mitte März 1991 vorgelegt.

Nach Übereinstimmung in unserem Hause ist beabsichtigt, die überarbeitete Richtlinie 326 Dv in Kürze herauszugeben."

Privatisierung

In der Ausgabe 1/91 unserer VDFP-Nachrichten haben wir darüber berichtet, daß nach Presseberichten die Bundesregierung und hier insbesondere der Bundesminister der Finanzen an einer "Privatisierung" der DBP TELEKOM interessiert sind.

Hierzu liegt uns jetzt auch eine Stellungnahme des Bundesfinanzministers Dr. Theo Waigel vor:

"... im Auftrag von Herrn Dr. Waigel danke ich für Ihr Schreiben, in dem Sie den Stand der Überlegungen zur Privatisierung der Deutschen Bundespost TELEKOM ansprechen.

Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich für die Beantwortung Ihres Schreibens den Abschluß der Koalitionsverhandlungen der Regierungsparteien abwarten mußte.

Ich kann Ihnen nunmehr mitteilen, daß die Deutsche Bundespost TELEKOM in der Koalitionsvereinbarung vom 16. Januar 1991, Abschnitt Privatisierung, für die laufende Legislaturperiode nicht unmittelbar angesprochen wird."

Aus den Arbeitskreisen

AKr Laufbahngestaltung

Der Arbeitskreis (AKr) Laufbahngestaltung tagte am 26. u. 27.04.91 in der VDFP-Bundesgeschäftsstelle in Eschborn.

Rolf Klug, Mitglied des Bundesvorstandes und Koordinator des AKr, begrüßte die Mitarbeiter Erwin Rathgeb (Nordwürttemberg), Helmut Befort (Hessen) und Paul Freundörfer (Pfalz).

Neben der Untersuchung von Anträgen, die am Bundesdelegiertentag 1990 angenommen und dem AKr zur Bearbeitung übergeben wurden, wurde die VDFP-Eingabe vom 9. Januar 1990 zur BPM-Tischvorlage mit dem heutigen Wissensstand überarbeitet. Danach sind die in der Eingabe vorgeschlagenen Änderungen auch heute noch aktuell.

Das Hauptthema der Sitzung war der Entwurf zur Neuordnung der Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnverordnung für den einfachen und mittleren fernmeldetechnischen Dienst (APLO). Ein Vergleich der APLO mit den VDFP-Eingaben zur Tischvorlage zeigt, daß ca. 80 v. H. der VDFP-Vorschläge berücksichtigt, das heißt, in die APLO aufgenommen wurden. Dies ist ein großer Erfolg der VDFP und ein Zeichen dafür, daß die Arbeit der VDFP anerkannt und beachtet wird.

Bei der Betrachtung der APLO nach den Vorstellungen der VDFP ergeben sich eine Reihe von Fragen, die vor der Herausgabe einer Stellungnahme zu klären sind.

Zur Klärung der Fragen wird der Bundesvorstand federführend beauftragt.

In diesem Zusammenhang hat der Bundesvorstand zwischenzeitlich folgende Schreiben versandt:

1. **Bundesminister des Innern:**

Bundesbesoldungsgesetz; hier: § 26 Obergrenzen der Beförderungsämtner

"Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Schäuble,

das Bundesbesoldungsgesetz sieht im § 26 die Obergrenzen für Beförderungsämtner vor. Diese zulässigen Obergrenzen können gem. § 50 des Poststrukturgesetzes nach Maßgabe sachgerechter Bewertung überschritten werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir Sie um Auskunft, ob bei den Planstellenobergrenzen die Anzahl der insgesamt besetzten Dienstposten (besetzt mit Tarifkräften und Beamten) oder die nur mit Beamten besetzten Dienstposten maßgebend sind."

(Anm. d. Red.: Eine Stellungnahme liegt z. Zt. noch nicht vor.)

2. **Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)**

Fortbildungsabschlüsse Industriemeister und Fachwirt

"Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fortbildungsabschlüsse "Industriemeister" und "Fachwirt" können nach unserem Kenntnisstand durch eine berufliche Fortbildung und entsprechende Prüfungen vor den Industrie und Handelskammern erworben werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir Sie um Mitteilung, unter welchen Voraussetzungen die o. a. Fortbildungsabschlüsse erworben werden können und ob eine staatliche Anerkennung dieser Fortbildungsabschlüsse besteht."

Vom DIHT erhielten wir dazu folgende Antwort:

"Zulassungsvoraussetzung für den Weiterbildungsabschluß zum Industriemeister bzw. Fachwirt ist in der Regel eine mit Erfolg abgeschlossene Berufsausbildung und eine auf zwei bis drei Jahre begrenzte einschlägige Berufspraxis bzw. eine entsprechend längere berufliche Praxis (sechs bis acht Jahre), wenn keine einschlägige Berufsausbildung nachgewiesen werden kann. Die Prüfungen erfolgen auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes § 46 und werden entweder gemäß Abs. 1 durch besondere Rechtsvorschriften, die von den Industrie- und Handelskammern erlassen werden, geregelt (das ist der Normalfall) oder gemäß Abs. 2 durch eine Rechtsverordnung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft.

Zur formalen Unterscheidung tragen die Abschlüsse, die auf der Grundlage einer Rechtsverordnung abgelegt wurden, stets den Zusatz "Geprüfter". Ein Unterschied in der Wertigkeit besteht nicht.

Als Beispiel übersenden wir Ihnen die besonderen Rechtsvorschriften für die Prüfung zum Touristikfachwirt sowie eine Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluß Geprüfter Industriemeister Fachrichtung Elektrotechnik. Alle von den Industrie- und Handelskammern als den zuständigen Stellen gemäß Berufsbildungsgesetz abgenommenen Prüfungen sind staatlich anerkannt; vor allem aber – was noch wichtiger ist – haben sie eine hohe Anerkennung bei der Wirtschaft und Industrie."

3. DBP Generaldirektion TELEKOM

Neuordnung der Ausbildung für den mittleren fermeldetechnischen Dienst; hier: Entwurf einer Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnordnung (APLO)

"Sehr geehrte Damen und Herren, der o. a. Entwurf sieht im § 30 vor, daß mit der bestandenen Prüfung die Zuerkennung der

Laufbahnbefähigung für den mittleren fermeldetechnischen Dienst und die Qualifikation eines Technischen Fachwirtes TELEKOM zuerkannt wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir Sie um die Klärung der Frage, inwieweit die Qualifikation eines Technischen Fachwirtes TELEKOM dem Weiterbildungsabschluß Fachwirt der Industrie- und Handelskammern gleichwertig ist."

(Anm. d. Red.: Ein Antwortschreiben hierzu lag bei Redaktionsschluß nicht vor.)

Arbeitskreis MT/Pt

Der Arbeitskreis MT/Pt tagte am 31.05.1991 in der VDFP-Bundesgeschäftsstelle in Eschborn.

Der Koordinator des AKr, Mitglied des Bundesvorstandes, Klaus-Jürgen Haas, begrüßte die Mitarbeiter Hans-Werner Fuhrmann und Norbert Stanzel (beide Hessen) sowie Edelbert Keller (Saarbrücken).

In der Tagungsordnung waren folgende Arbeitspunkte vorgesehen:

- Aufgabenverteilung im AKr
- Programm für die Jahre 1991, 1992
- Neuorganisation der DStn MT
- Stellungnahme des AKr für die GDT
- Sonstiges

Die Neuorganisation der DStn MT führte zu längeren Diskussionen, zumal hier Themen behandelt werden mußten, zu denen sehr unterschiedliche Angaben vorliegen.

Im einzelnen wurden folgende Probleme aus der Perspektive des derzeitigen Kenntnisstandes erörtert:

Änderung der Bemessung

Die im Herbst letzten Jahres angekündigte Verbesserung der Bemessung der Stellenleitung wird in Kürze verfügt. Im einzelnen ist mit folgenden prozentualen Änderungen zu rechnen:

Stellenvorsteher	+ 10 %
Mitarbeiter/ Arbeitsvorbereiter	+ 30 %
Mitarbeiterin	+ 50 %

Der Bemessungswert bei den Aufsichten wird nicht verändert.

Änderung Ap Lagerverwalter

Bisher war der Ap Lagerverwalter nach A 7 ausgewiesen, eine weitere Beförderung war dadurch nicht zu erwarten.

Den herkömmlichen Lagerverwalter gibt es zukünftig nicht mehr. Ähnlich wie beim Arbeitsvorbereiter wird der Lagerverwalter im Personalbestand der Stellenleitung ausgewiesen. Die für Lagertätigkeiten geltenden Bemessungswerte bleiben z. Zt. unverändert erhalten.

Kleine DSt MT

Beim BMPT wird z. Zt. ein Untersuchungsbericht behandelt, der die Bildung von DStn MT ausweist. Dem Vernehmen nach ist zu erwarten, daß kleine DStn mit 6 bis 7 ausführenden Kräften, wie sie häufig bei den FZÄ vorhanden sind, aufgelöst und einem anderen Amt zugeordnet werden.

Zusammenlegung MT/Sv

Wie bekannt ist, werden die DStn Sv und MT zusammengelegt. Die OrgRichtl für die neue DSt wird z. Zt. erstellt. Die Bezeichnung der neuen Stelle ist noch ungewiß, dem Vernehmen nach ist die Bezeichnung "Energietechnik" im Gespräch.

Das seitherige Sv-Personal wird (bevor Tätigkeiten der Maschinenteknik, die besondere Fachkenntnisse erfordern, übertragen werden) entsprechend unterwiesen. Andererseits wird MT-Personal auf dem Gebiet der Fernmelde-Stromversorgung fortgebildet, wenn dies aus personellen Gründen erforderlich wird.

Bewertungsverbesserungen

Die im Herbst letzten Jahres angekündigten Bewertungsverbesserungen werden noch nicht realisiert. Nur der Ap "Mitarbeiterin BF" wird geringfügig angehoben und bei einigen namentlich genannten DStn als A 8 ausgewiesen.

Aus den Bezirken

Arbeitstagung der VDFP-Südbayern

Am 24.04.1991 führte die VDFP-Südbayern in München eine Arbeitstagung durch, die unter dem Themenkreis "Umstrukturierung des Fernmeldewesens" stand.

Als Referent konnte von der OPD München AbtPräs Dipl.-Ing. Werner Scholz gewonnen werden, der in seinem Referat auf die Unternehmensziele der DBP TELEKOM einging. Wichtige Punkte seiner Ausführungen waren neben der Marktorientierung im Bereich TELEKOM, die Einführung von Leistungszulagen, die Ballungsraumzulage sowie die künftige Marktpolitik der TELEKOM in den neuen Bundesländern.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Johann Fleischer wurde für seine langjährige Mitarbeit als Vorsitzender des VDFP-Bezirk Südbayern geehrt.

In seinem Referat ging er auf den Entwurf der Generaldirektion TELEKOM zur neuen Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnordnung für den mittleren technischen Dienst ein.

Bezirk Hamburg

Konstituierende Sitzung des Bezirksvorstandes

Am 25. April 1991 trafen sich die Mitglieder des Bezirksvorstandes der VDFP-Hamburg zur konstituierenden Vorstandssitzung in der Kantine des Postamtes 1 Hamburg.

Neben der Konstituierung des Bezirksvorstandes hatte die Sitzung auch die Aufgabe des gegenseitigen Kennenlernens der neuen Vorstandsmitglieder, die bereit sind, die VDFP-Hamburg nach Jahren der Betreuung durch den Arbeitskreis Werbung und Information wieder durch einen eigenständigen Vorstand zu vertreten.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer und der Eröffnung der Sitzung durch den Bezirksvorsitzenden Erich Sievers berichteten die Vorstandsmitglieder über ihren bisherigen Werdegang bei der DBP TELEKOM.

Anschließend berichtete der neue Bezirksvorsitzende der VDFP-Hamburg von den Arbeiten zur Unterstützung der Aktionsgruppe Hamburg bei der Vorbereitung des Bezirksdelegiertentages 1991:

Ursprünglich wollte Erich Sievers nur die Mitglieder der Aktionsgruppe unterstützen, um sie in dem für sie unbekanntem Hamburg nicht "alleine" zu lassen. Aus den Erfordernissen der Auftragsbefreiung entwickelten sich jedoch fortlaufend neue Auf-

gaben, die zwangsläufig eine Intensivierung des persönlichen Einsatzes erforderten.

Die Aktionsgruppe Hamburg hatte u. a. mit Manfred Schneider und Rudolf Macanga weitere Hamburger VDFP-Mitglieder zur Mitarbeit bei den Vorbereitungen des Delegiertentages 1991 gewonnen. Mit ihnen kam in Januar 1991 der erste "Hamburg-Kontakt" zustande und von da an konnte das von der Aktionsgruppe vorbereitete Werbematerial gezielt eingesetzt werden.

Eine neben den Vorbereitungsarbeiten zum Bezirksdelegiertentag durchgeführte Werbekampagne der Aktionsgruppe Hamburg wurde dadurch zu einem großen Erfolg für die VDFP und damit auch für den neuen Bezirk Hamburg.

Nach diesem Rückblick legte der Bezirksvorsitzende seine Vorstellungen zu den vorrangigen zu erledigenden Aufgaben dar.

Termine zur weiteren Abwicklung der Geschäftsübernahme sollen mit der Aktionsgruppe Hamburg des Bundesvorstandes festgelegt werden. Bei dieser Gelegenheit lobte der Bezirksvorsitzende die gute Zusammenarbeit mit den Kollegen der Aktionsgruppe Hamburg.

Zum Schluß der Sitzung unterrichtete Erich Sievers die Vorstandskollegen über seine bisherigen Gespräche und Besprechungen, die sich alle mit der Neuorganisation der Bezirksvereinigung und des Bezirksvorstandes befaßten.

Bezirk Münster

Fernmeldetechniker der TELEKOM diskutieren über Probleme der Leistungszulage und über die künftige Statuswahl

am 15. Mai 1991 fand im Sitzungssaal des Fernmeldeamtes Münster der Bezirksdelegiertentag 1991 der VDFP-Münster statt.

Vor zahlreichen Delegierten begrüßte der Bezirksvorsitzende Heinrich Mentrup die Amtsvorsteher der FÄ Münster und Recklinghausen sowie den Bereichsleiter TELEKOM der OPD Münster, Dipl.-Ing. Wagner.

Der Parlamentarische Staatssekretär im BMPT, Wilhelm Rawe (MdB), konnte der Einladung nicht Folge leisten, wünschte aber der Versammlung einen guten Verlauf und erfolgreiche Beschlüsse.

Das Hauptreferat mit dem Thema "Die Zukunft der BfT/BPt-Kräfte bei TELEKOM" gliederte Dipl.-Ing. Wagner in folgende Einzelthemen bzw. Aussagen:

- In drei Monaten werden im Bereich Münster die ersten Kommunikationselektroniker/innen (Ke-n) ausgebildet sein, darunter sind 13 weibliche Kräfte
- Neu wird sein, daß die Ke-n ihren Status (Beamter/Tarifkraft) selbst wählen können
- Die Aufgabengebiete werden sich zukünftig verändern
- Höherqualifizierung – Weiterbildung

Nach der Aussprache zum Referat erfolgten die Neuwahlen des Bezirksvorstandes; diese brachten folgendes Ergebnis:

Bezirksvorsitzender	Heinrich Mentrup
stellv. Bez.-Vorsitzende	Manfred Staloch Friedel Imer

Kassierer	Wolfgang Kipper
stellv. Kassierer	Ludwig Liesenkötter
Schriftführer	Horst Zander
stellv. Schriftf.	Richard Kuklick

Außerdem wurden Wilhelm Werwer, Ralf-Jürgen Topp und Leo Wies als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

In einem Initiativantrag beantragte der Bezirksvorsitzende Heinrich Mentrup, den langjährigen aktiven Mitarbeiter Horst Zander zum "Ehrenmitglied des Bezirksvorstandes" zu ernennen. Dieser Antrag wurde als Zeichen der Anerkennung seines unermüdeten Einsatzes für den VDFP-Bezirk-Münster einstimmig angenommen.

In seinem Schlußwort forderte Heinrich Mentrup die jungen Kollegen auf, in der VDFP mitzuarbeiten und die Vereinigung in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Bezirk Hessen

Am 17. April 1991 tagte der erweiterte Bezirksvorstand im Sitzungssaal des FA 1 in Frankfurt

Der Begrüßung und Eröffnung der Tagung folgte der Geschäftsbericht, den der Bezirksvorsitzende Paul Heil vortrug.

Dabei gab Paul Heil u. a. ein Schreiben bekannt, in dem der Präsident der OPD-Frankfurt den Bezirksvorstand zum Thema "Hessen hilft Thüringen" angesprochen hat.

Auch die Arbeit der Satzungskommission, in der Paul Heil Mitglied ist, war ein Bestandteil seines Berichtes. Dazu sagte er, daß die Arbeiten der Kommission sehr zügig durchgeführt werden und der Entwurf der neu gefaßten Satzung dem Bundesvorstand in Kürze zur Stellungnahme vorgelegt werden kann.

Ausführlich behandelt wurden der Entwurf zur Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnordnung (APLO) und die angesprochene Einführung einer Lohngruppe 9 im TVArb.

Nach dem Entwurf zur APLO wird zukünftig eine erfolgreiche Laufbahnprüfung zur Qualifikation "Technischer Fachwirt TELEKOM" führen. In dem genannten Entwurf sind alle in den letzten Jahren von der VDFP aufgestellten Forderungen und Empfehlungen zur Laufbahngestaltung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes aufgenommen.

Mit der Einführung einer Lohngruppe 9, die bereits nach fünf Jahren erreicht werden kann und etwa der Besoldungsgruppe A 9 entspricht, wird die Nachwuchsfrage für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst für die DBP schwieriger, wenn keine neuen finanziellen Gegenwerte geschaffen werden. Eine sozial gerechte und den Anforderungen entsprechende Anpassung der Besoldung des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes kann

nach Meinung der VDFP-Hessen nur durch Einstufung in die Besoldungsgruppen von A 8 bis A 11 erreicht werden.

Nach der Mittagspause begrüßte der Bezirksvorsitzende den Amtsvorsteher (AV) des FA 1 Ffm, LtdPDir Dipl.-Ing. Gustav Kufert. Herr Kufert stellte in Kurzform den Organisationsaufbau des Amtes vor.

Zum Personalproblem sagte der AV, daß von 550 BfT-Personalposten im FA 1 neun v. H. nicht besetzt sind und nannte als Ursache vor allem das mangelnde Angebot von preiswerten Wohnungen im Großraum Frankfurt.

Zum Ende der Vorstandssitzung wurde eine Fragebogen-Aktion zur Arbeitsplatzgestaltung festgelegt. Diese wird von der Hessen-Redaktion verteilt und in den Ortsvereinigungen bearbeitet. Das Ergebnis soll vom Bezirksvorstand analysiert und dem Bundesvorstand als Arbeitspapier übergeben werden.

Presseveröffentlichung der VDFP-Rheinland

Gegen Stellenabbau bei der DBP TELEKOM; Wiederwahl und Dank für Andreas Damian

Dem Aufbau in den neuen Bundesländern entgegen gerichtet ist das Planungsvorhaben der TELEKOM, wonach 10.000 Kräfte abgebaut werden sollen. Bei der notwendigen personellen Unterstützung zum Aufbau eines modernen Telekommunikationsnetzes in den fünf neuen Bundesländern kann der Kundenservice in den Ländern der früheren Bundesrepublik zum Teil nur durch ein erhöhtes Überstundenaufkommen gehalten werden. Eine weitere personelle Kürzung wird sich verheerend auswirken.

Die VDFP-Rheinland wertet dies als "gewollte" Serviceverschlechterung und als weiteren Einstieg der Privatisierung von Diensten der TELEKOM.

Gegen ein solches Unternehmensziel der TELEKOM sprach sich der Bezirkstag 1991 der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. (VDFP) im Koblenzer Kol-

pinghaus im Beisein des Präsidenten der Oberpostdirektion Dr. Böhm und des DPG-Bezirksvorsitzenden Heinz Spies aus.

Das Berufsbild der Fernmelde- und Posttechniker muß nach der Ausbildung zum Kommunikationselektroniker zu einem qualifizierten Berufsabschluß führen und in einer Technikerlaufbahn festgelegt werden.

Die einzelnen Anforderungen dieses Berufsweges wurden vom Leiter des Fachreferates Ausbildung der OPD Koblenz aufgezeigt.

Für die Delegierten unverzichtbar ist die Anpassung der Bezahlung von Tarifkräften und Beamten bei gleicher Tätigkeit. Ein Nettoausgleich muß dazu erreicht werden.

Nach der 11. Wiederwahl zum Bezirksvorsitzenden der VDFP-Rheinland erhielt Andreas Damian die Glückwünsche und den Dank des Bezirkstages für sein über 20 Jahre engagiertes Streiten in dieser Funktion.

Ebenfalls wiedergewählt wurden seine Stellvertreter Dieter Kimminus und Richard Acht. In ihren Ämtern bestätigt wurden auch die Kollegen Wolfgang Rexin und Werner Kammel als Schriftführer sowie Gerhard Fink und Frank Krafzcyk als Kassierer.

* * *

Am 19.03.91 fand bei reger Beteiligung die Jahreshauptversammlung der OV-Simmern statt. Schwerpunkt der Veranstaltung war das Referat von Dipl.-Ing. Benkenstein, VAV FZA Simmern, das sich mit den Strukturen und Zukunftsaussichten des mittleren technischen Dienstes beim FZA befaßte. Eine nachfolgende rege Diskussion, an der sich auch die Gäste von VDPI und Personalvertretung beteiligten, brachte einige Initiativen auf den Weg, die der OV-Simmern entgegenkommen.

Bei den Neuwahlen des OV-Vorstandes wurde der bisherige Vorsitzende Dieter Kimminus erneut in seinem Amt bestätigt.

Bezirkstag der VDFP-Freiburg

Am 20.04.1991 konnte der Vorsitzende des VDFP-Bezirks-Freiburg, Hermann Muth, die Delegierten zum Bezirksdelegiertentag 1991 in Rottweil begrüßen.

In seiner Eröffnungsrede berichtete Hermann Muth über die France telecom und zog Vergleiche zur DBP TELEKOM. Erstaunlich war die Feststellung, daß bei der France telecom bereits 93 % der Ortsvermittlungstellen mit Digitaltechnik arbeiten.

Einem Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse bei der DBP TELEKOM folgte der Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes. Hier ging Hermann Muth auf die im Vorstand geleistete Arbeit besonders ein, dabei wurden auch die Anträge und der Schriftverkehr mit dem Bundesvorstand vorgetragen und erläutert. Die Neugestaltung der Ausbildung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst war ein weiteres Thema seines Berichtes.

Klaus Jürgen Haas, Mitglied des Bundesvorstandes, berichtete von seiner Arbeit als Koordinator der Arbeitskreise Pt, MT und BBi. Neu war für viele Kollegen, daß in absehbarer Zeit eine Zusammenlegung der Dienststellen Sv und MT zu erwarten ist.

Die Verlagerung der Hoheitsaufgaben zum Bundesamt für Post und Telekommunikation (BAPT) und die Aufgaben der neuen DST MobFu waren Inhalt eines Referates von Heinz-Werner Geeven. Er wies darauf hin, daß die neuen DSTn keinen Personalmehrbedarf bedeuten, da hierfür bei den DSTn AP, FuÜ und Fus wesentliche Aufgaben entfallen.

Über seine Arbeit in den neuen Bundesländern berichtete Dieter Haid, dabei zeigte er die besondere Problematik für den Fachbereich PIL auf.

Der Kassierer Michael Maier konnte einen positiven Kassenbericht abgeben, der von den Kassenprüfern bestätigt wurde. Danach ist es möglich, die Erhöhung der Abgabe an den Bundesvorstand ohne Anhebung der Mitgliedsbeiträge zu finanzieren.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Johann Fleischer erläuterte in seinem Referat ausführlich die neue Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnordnung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst (APLO). Er erklärte die drei Ausbildungsmodelle, die zur Diskussion standen und zeigte die von der VDFP erreichten Änderungen und Verbesserungen in dem jetzt vorliegenden Entwurf zur APLO auf.

In der Aussprache zum Referat wurde gefordert, daß die in der APLO angeführten neuen Bezeichnungen nicht nur Titel, sondern, und das wurde besonders betont, einen anerkannten Berufsabschluß darstellen müssen.

Auch die bei TELEKOM eingeführte Rufbereitschaft war ein Thema, das der stellvertretende Bundesvorsitzende ausführlich behandelte. Bei der Diskussion zu diesem Beitrag gab Johann Fleischer weitergehende Erklärungen und Hinweise.

Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes wurden folgende Kollegen gewählt bzw. wiedergewählt:

Bez.-Vorsitzender	Hermann Muth
stellv. Bz.-Vors.	Lothar Raudies Paul Himmelsbach
Kassierer	Michael Maier
stellv. Kassierer	Klaus Steinhart
Schriftführer	Hz.-Werner Geeven
stellv. Schriftf.	Alfred Efinger

Außerdem wurden die Kollegen Dieter Haid, Bernd Rigling, Wolfgang Speer, Ecka Bross, Peter Single und Peter Renz als Beisitzer in den Bezirksvorstand gewählt.

VDFP

**und mittlerer
technischer Dienst
gehören
zusammen**

Informationen für Versorgungsempfänger

Zum Thema "Versorgung" gibt uns Horst Zander (Bezirk Münster) folgende Hinweise:

Neuregelung der Zuständigkeiten bei der Betreuung

Gem. AmtsblVfg des BMPT Nr. 49/1990 können die nach dem 01.07.1990 in den Ruhestand getretenen Versorgungsberechtigten ihre Betreuungsstelle im zuständigen OPD-Bezirk selbst bestimmen.

Unter dem Begriff "Betreuung von Versorgungsberechtigten" ist die Erledigung aller Aufgaben, die sich auf Grund der Personalfürsorge des Dienstherrn aus dem früheren Beschäftigungsverhältnis ergeben, zu verstehen.

Zur Betreuung gehören auch die Aufgaben im Auftrage des Betreuungswerkes der DBP.

Betreuungsdienststellen sind die Postämter (V), die Fernmelde- und Fernmeldezeugämter sowie die Postbankämter.

Die beamtenversorgungsrechtlichen Zuständigkeiten bleiben von dieser Regelung unberührt. "Pensionsregelungsbehörde" ist die für den Wohnsitz des Versorgungsberechtigten zuständige OPD, Bereich Postdienst.

Übergangsregelung: Die am 30.06.1989 vorhandenen Versorgungsberechtigten können Anträge zum Wechsel der Betreuungsdienststelle stellen.

* * *

Eine alte Regelung kommt wieder

Der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, hat vor dem Deutschen Bundestag in Bonn angekündigt, daß die Versorgungsempfänger ab 1993 wieder einen Anpassungszuschlag erhalten sollen.

Schon in diesem Jahr erhielten die Versorgungsempfänger einen Anpassungszuschlag von 0,4 %, womit die Versorgungsbezüge um insgesamt 6,4 % ab 01. März 1991 angehoben wurden.

Was bedeutet Anpassungszuschlag (AnpZ) ?

Erhöht sich der durchschnittliche Besoldungsaufwand des Bundes und der Länder innerhalb des Feststellungszeitraumes durch Veränderungen, die nicht allgemeine Erhöhungen der Dienstbezüge im Sinne des § 70 Beamtenversorgungsgesetz sind, wird den Versorgungsempfängern ein AnpZ gewährt.

Mit anderen Worten: Strukturelle Besoldungsverbesserungen im aktiven Bereich werden in einem besonderen Feststellungsverfahren in Prozentsätzen an die Versorgungsempfänger weitergegeben.

Bis Ende 1983 wurden Versorgungsbezüge zusammengefaßt um 3,5 % aufgestockt.

Der Artikel 32 des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 machte dies wieder zunichte.

Eine strukturelle bzw. quasistrukturelle Verbesserung war z. B. die Einführung der BesGr A 9 im mittleren und die Einführung der BesGr A 5 im einfachen Dienst; oder die Erhöhung der Lehrerbesoldung, sie schlug sich bei den Versorgungsempfängern als AnpZ nieder. Der durchschnittliche Besoldungsaufwand des Bundes und der Länder hatte sich verändert.

Anzeige

Neu

Für Briefmarkensammler und VDFP-Mitglieder

mehr davon lesen Sie auf Seite 8

Gutschein

Der kleine Hamburger
Klaus-Joachim Volmer
Charlottenburger Str. 35

2000 Hamburg 70

Lt. umseitigen Angaben
bestelle ich

Absender

Unterschrift



Anschrift für den Einzelversand:

Empty box for individual mailing address.

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.
– Der Bundesvorstand – Postfach 10 22 25, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH
Am Hermannsberg 5, 7768 Stockach

Verantwortliche Redakteure:
Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt 50, Tel. (069) 57 16 55
Kurt Wetzlar, 6236 Eschborn, Tel. (06196) 48 21 21
(Mo. u. Mi. bis Fr. von 9.00 bis 10.00 Uhr)

Ständiger Mitarbeiter:
Rudolf Klein, 6100 Darmstadt, Tel. (06151) 2 19 57

Bezugspreis: (DM 1,60) – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der **VDFP** oder der **Redaktion** dar. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesandte Artikel zu überarbeiten und ggf. zu kürzen. Die Zurücksendung von Manuskripten erfolgt nur bei entsprechendem Hinweis. **Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Bundesvorstandes oder der Redaktion gestattet.**

– **Philstart Junioren - Album** –

Anzeige

Mit dem „Philstart“ Juniorenalbum werden besonders dem jüngeren Sammler ein preisgünstiges Vordruckalbum angeboten.

Diese neue Form beruht auf langjähriger Erfahrung im Umgang mit Briefmarken.

Jedes Blatt ist optisch harmonisch aufgeteilt und doch streng numerisch geordnet. Der Text gibt Auskunft über Ausgabetag, Anlaß oder Motiv sowie Papiersorte, Wasserzeichen und Zähnung der Marken. Die Katalognummer ist auch noch nach dem Belegen des Feldes weiter sichtbar. Dies wird von jedem Markensammler sehr begrüßt. Er kann die Blätter für gebrauchte Marken direkt verwenden, aber auch das Aufbringen von Klebetaschen in transparent oder schwarz ist möglich.

Die Blattgröße ist DIN A4-Format, 4 x gelocht, cremefarbiger Karton. Man kann daher jeden normalen Ringbinder für die Unterbringung der Blätter verwenden. Aber auch ein preisgünstiger Sammelordner mit Rückenschild ist in verschiedenen Farben erhältlich.

Es ist also an alles gedacht, was das Briefmarkensammeln nicht zum Preisproblem werden läßt.

Dieses neue Briefmarken-Album mit all seinen Vorteilen wird auch jeden erfahrenen Sammler begeistern und eine wertvolle Hilfe sein.

Leerblätter für Besonderheiten und transparente Plastikdeckfolien sind ebenfalls erhältlich.

In Absprache mit unserem Verlag und dem Vertriebshändler werden für VDFP-Mitglieder Sonderkonditionen gewährt.

Benutzen Sie den Gutschein!

ermäßigte Preise für VDFP-Mitglieder

Bestellung

Berlin West (90 Blatt)	Preis DM 38,--
Deutsches Reich (86 Blatt) 1871 - 1945 incl. Dienstmarken	Preis DM 38,--
BRD - 1990 (129 Blatt)	Preis DM 62,--
Alliierte Besetzung (33 Blatt)	Preis DM 15,60
Saar (42 Blatt) ab Sept. 91 lieferbar	Preis DM 19,60
DDR (320 Blatt) ab Nov. 91 lieferbar	Preis DM 148,--
..... St. Leerblätter	Preis DM 0,40
..... St. PVC Deckfolie	Preis DM 0,40
..... St. Ringordner	Preis DM 15,--

Preise zuzüglich Portokosten

Inhalt

Seite 2

**VDFP-Vorsitzendentreffen
am 25. und 26. September
1991 in Flensburg**

Seite 3

**VDFP-Vorsitzendentreffen
– Fortsetzung –**

Seite 4

**Bezirksplatz
für Meßgeräte**

**Bewertung
Arbeitsbereich 434 PIN**

**Die SPD und
die Privatisierung der DBP**

Seite 5

**Aus den Arbeitskreisen
AKr Laufbahngestaltung
AKr Sonderaufgaben**

Seite 6

**Aus den Bezirken
Arbeitstagung
der VDFP-Hessen**

**Leserbrief:
Unser Mann aus Cottbus**

Seite 7

**Post-Press-Dienst
Aus dem Bundestag
(A 7 jetzt Eingangsamt)**

Seite 8

Impressum

**Redaktionsschluß für die
nächste Ausgabe ist am**

Das FA zwischen den Meeren



Seit 1987 hat das Fernmeldeamt Flensburg sein Domizil in der Eckenförder Landstraße. Der oben gezeigte Neubau ist ein neuer Meilenstein in der über 100jährigen Geschichte des Fernmeldewesens in Flensburg. In diesem Gebäude sind alle Voraussetzungen für den Einsatz der modernen Technologie geschaffen. Darüberhinaus sind die zeitgemäßen Bedingungen für eine optimale Aufgabenerledigung nach dem Motto "Alles aus einer Hand" berücksichtigt.

Am 10. Dezember 1884 wurde in Flensburg eine "Stadtfernsprecheinrichtung" mit 26 Sprechstellen dem Betrieb übergeben. Von da an wurde der Auf- und Ausbau eines Fernmeldenetzes forciert. Rund um Flensburg, von Schleswig bis Westerland, wurden Fernsprechanchlüsse eingerichtet. Die Einführung des Ortswählendienstes (1925) machte das Telefonieren populär und erforderte ständig Erweiterungen des Fernsprechnetzes und Neueinrichtungen von Ortswähllämtern. Dies umso mehr, als schon damals auch andere Dienste über das bestehende Fernsprechnetzbetrieben wurden.

Die geschichtliche Entwicklung des Telefon- bzw. Fernmeldewesens im nördlichen Schleswig-Holstein ließ das FA Flensburg zum technischen Mittelpunkt zwischen Schleswig und Westerland expandieren. Seit der Eingliederung des Fernmeldebauamtes in das Fernmeldeamt am 01.07.59 besteht das FA Flensburg in seinen heutigen Grenzen.

VDFP-Vorsitzendentreffen 1991 in Flensburg

Das Vorsitzendentreffen 1991 wurde von der Bezirksvereinigung Schleswig-Holstein organisiert und fand am 25. und 26.09.1991 im „Hotel an der Grenze“ in Flensburg statt.

Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Bezirksvereinigung Schleswig-Holstein, Dieter Stoltenberg, konnte neben den Vertretern von 18 Bezirksvereinigungen den VDFP-Bundesvorsitzenden Peter Behrend begrüßen. Als Gäste nahmen Vertreter der Oberpostdirektion Kiel, der Fernmeldeämter Kiel, Heide und Flensburg, der Deutschen Postgewerkschaft, des Deutschen Postverbandes und Personalvertreter des FA Flensburg teil.



Dieter Stoltenberg, der Bezirksvorsitzende der VDFP-Schleswig-Holstein, eröffnete das Bezirksvorsitzendentreffen im "Haus an der Grenze" in Flensburg.

Foto: Kurt Wetzlar

Nach der Begrüßung der Gäste und erklärenden Worten zu Flensburg als Deutschlands nördlichste Stadt umriß *Dieter Stoltenberg* die Situation der TELEKOM:

„Vor zwei Jahren hat man uns das Poststrukturgesetz 'besichert' und damit auch die Änderung und die Veränderung der Belastung des Personals. Man hat den Monopol- und Wettbewerbsbereich getrennt und das Unternehmen 'TELEKOM' gebildet. TELEKOM soll eigenwirtschaftlich handeln wie ein Unternehmen der freien Wirtschaft. Aber wir, die wir täglich mit der TELEKOM auf Grund unserer Arbeit zu tun haben, merken, daß es nicht einfach mit dem eigenwirtschaftlichen Handeln ist, denn gegenüber unseren Mitwettbewerbern ist ein großes Ungleichgewicht vorhanden“ sagte *Dieter Stoltenberg* und erklärte dazu:

„Wir haben einmal als Last die Verbindung zu unseren ehemaligen Schwestern Postbank und Postdienst zu tragen. Es sind immer noch Milliardenbeträge, die zum Ausgleich dorthin gezahlt werden und das schwächt das Unternehmen TELEKOM, weil dieses Geld dem eigenen Unternehmen fehlt. Zudem werden die Abgaben an den Bund nicht nach den üblichen Steuergesetzen festgelegt, sondern vom Finanzministerium 'willkürlich' festgesetzt. Wenn wir dann noch unseren 'Regulierer' den Bundesminister für Post und Telekommunikation betrachten, so muß man erkennen, daß von dort immer wieder Eingriffe in das Unternehmen TELEKOM gemacht werden, die nicht unsere Wirtschaftlichkeit stärken.“

Auf das Thema, einer vom Bundesminister für Post und Telekommunikation angesprochenen eventuellen Privatisierung der Deutschen Bundespost TELEKOM eingehend, stellte der Bezirksvorsitzende der VDFP-Schleswig-Holstein die Frage: „Wenn man die TELEKOM privatisiert, was wird aus dem Dienstrecht?“

Dazu gab er zu bedenken, daß die Diskussion um den § 87 Grundgesetz allmählich an einen Punkt geraten ist, daß man sagen kann: alle Parteien sind dafür, ihn zu ändern, abzuschaffen oder zumindest die postspezifischen Artikel herauszunehmen. „Daraus ergeben sich die Fragen“, so *Dieter Stoltenberg*, „werden wir eine Aktiengesellschaft und was wird aus der Laufbahn des mittleren technischen Dienstes?“

Mit einer Betrachtung der im Zusammenhang mit einer eventuellen Privatisierung offenkundigen Fragen nach Status, Bezahlung und Fortkommensmöglichkeiten im mittleren technischen Dienst beendete *Dieter Stoltenberg* seine Ausführungen mit der Bitte, offen zu sein für alle "Dinge", die die Zukunft des mittleren technischen Dienstes berühren könnten, auch für eine Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppenvertretungen und Gewerkschaften.

In seinen Grußworten ging Dipl.-Ing. Gert Nickel, Vertreter der OPD Kiel, auf die Situation der OPD ein. Der Einsatz im Verkehrsgebiet Ost (VGO), die Leistungszulage sowie die Personalsituation der kommenden Jahre waren Schwerpunkte seiner Ausführungen.

Bericht des Bundesvorsitzenden

Von den Aktivitäten des VDFP-Bundesvorsitzenden berichtete der Bundesvorsitzende *Peter Behrend*. In seiner Rede ging er u. a. auf folgende Aktionen besonders ein:

Gespräch bei der GD T – Thema: Einkommensunterschied Beamte / Tarifpersonal

Der Bundesvorstand hatte ein Gespräch mit der Generaldirektion TELEKOM (GD T) zu Laufbahnsituation im mittleren technischen Dienst. Behandelt wurden dabei die durch die jüngsten Tarifabschlüsse entstandenen finanziellen Unterschiede zwischen Beamten und Tarifpersonal sowie das damit zusätzlich verschärfte Problem der Nachwuchsfrage für die BfT- und BPT-Laufbahnen.



In seinem Bericht von den jüngsten Aktivitäten des VDFP-Bundesvorstandes ging der Bundesvorsitzende Peter Behrend besonders auf die Verhandlungen mit der GD T ein.

Foto: Kurt W

Der GD T konnte eine vom VDFP-BNordbaden in 'Mark und Pfennig' übersetzte Gegenüberstellung der Einkommensunterschiede Beamte / Tarifpersonal vorgelegt und übergeben werden. In dieser Aufstellung wird aufgezeigt, daß Einkommensunterschiede bis zu 400,- DM zugunsten von Tarifkräften bestehen.

Eine von der GD T gegenübergestellte statistische Auswertung bestätigt zwar – in Millimeterabständen der Kurven – einen Einkommensunterschied, ist aber der von der VDFP vorgelegten Aufstellung mit ausgedruckten echten Vergleichswerten nicht vergleichbar.

Besoldungsanpassungsgesetz

Das Besoldungsanpassungsgesetz, hier sollen die Stellenobergrenzen von jetzt A 9 = 8 % auf 15 % erhöht werden, war ebenfalls ein Thema der Gesprächsrunde in der GD T.

Auf den Hinweis der VDFP-Vertreter, daß die Funktionsgruppen in die Anhebung der Planstellenobergrenzen nicht einbezogen werden dürfen, da durch Einbeziehung der Funktionsgruppen die angestrebten 15 % quasi erfüllt sind, wurde von Seiten der GD T versichert, daß eine Einbeziehung der Funktionsgruppen nicht vorgesehen ist und die Funktionsgruppen nicht geändert werden.

VDFP wieder bei der GD T – Thema: APLO

Ein weiteres Gespräch bei der GD T befaßte sich mit dem Entwurf der Ausbildungs-, Prüfungs- und Laufbahnordnung (APLO). Danach ist vorgesehen, mit der bestandenen Laufbahnprüfung im mittleren technischen Dienst die Qualifikation "Technischer Fachwirt TELEKOM" zu erreichen.

Technischer Fachwirt TELEKOM – Qualifikation oder Arbeitstitel ?

Der VDFP war bekannt, daß die Industrie- und Handelskammern (IHK) den Weiterbildungsabschluß "Fachwirt" nach einer beruflichen Fortbildung und entsprechender Prüfung verleiht. Der Bundesvorstand hat deshalb die GD T um Stellungnahme gebeten, inwieweit die Qualifikation eines "Technischen Fachwirt TELEKOM" dem Weiterbildungsabschluß Fachwirt der IHK gleichwertig ist.

Nach den uns jetzt vorliegenden Erkenntnissen entspricht der Technische Fachwirt TELEKOM in der Gleichwertigkeit nicht dem Fachwirt der IHK; letzterer wird gem. dem Berufsbildungsgesetz vor der IHK abgelegt und ist somit staatlich anerkannt.

Eine generelle Entscheidung, welcher Abschluß bzw. welche Qualifikation mit der bestandenen Laufbahnprüfung für den mittleren technischen Dienst erreicht werden kann, noch offen und bedarf weiterer Gespräche.

Verwendungsaufstieg erst wieder 1992

Angesprochen wurde auch der Verwendungsaufstieg, dazu war zu erfahren, daß es für dieses Jahr keinen Aufruf geben wird. Die GD T beabsichtigt (voraussichtlich schon 1992) Verwendungsaufsteiger bereits im Alter von 42 Jahren auf die vorgesehenen CFT-Dienstposten einzusetzen, wenn sie sich verpflichten, mit 45 Jahren den Verwendungsaufstieg zu machen. Dadurch soll einerseits für die Aufsteiger die Probezeit nach bestandener Prüfung entfallen und andererseits sollen die freiwerdenden BFT-Dienstposten drei Jahre früher ausgeschrieben und besetzt werden. Mit dieser Regelung würden einige BFT- und CFT-Probleme gleichzeitig gelöst.

Abschließend sagte Peter Behrend: „Wir müssen zur Verwirklichung unserer Vorstellungen künftig intensiver den politischen Raum beobachten und dort agieren; nur darin sehen wir eine Chance, unsere Ideen zu verwirklichen.“

Entwurf zur Satzungsänderung – jetzt Diskussionsrunde in den Bezirken

Der Satzungsentwurf für eine neue VDFP-Satzung wurde nach der ersten Lesung im Bundesvorstand hier in Flensburg allen Vorständen übergeben. In kurzen Erklärungen hat der Sprecher der Satzungskommission, *Waldemar Hörle*, die Veränderungen erläutert. Vor allem wies der Sprecher darauf hin, daß die vorliegende "neue Satzung" nur ein Entwurf der Satzungskommission ist, über den der Bundesdelegiertentag 1992 entscheiden soll. Die Bezirke können jedoch ein großes Stück Arbeit leisten, indem sie diesen Entwurf in ihren Bezirken vorab ausführlich beraten.



Zur geplanten Satzungsänderung erläuterte Waldemar Hörle die Standpunkte der Satzungskommission und berichtete anschließend von den Aktionen des AKr Werbung und Information.

Foto: Kurt Wetzlar

Nach dem Programm der Satzungskommission haben die Bezirke / Bezirksvorstände bis 28.02.1992 Gelegenheit, eine Stellungnahme zu der in Flensburg erhaltenen neuen Satzung abzugeben und der Satzungskommission begründete Änderungsvorschläge mitzuteilen.

„Um das Arbeitsziel zu erreichen, müssen hier Prioritäten festgelegt werden“ sagte *Waldemar Hörle* und bat die Bezirksvorsitzenden um ihre Unterstützung bei der Einhaltung des vorgesehenen Zeitplanes.

Die Satzungskommission hofft, daß mit dem eingeräumten langen Beratungstermin in den Bezirken die Diskussionsdauer zur Satzungsänderung während des nächsten Bundesdelegiertentages (1992) verkürzt werden kann, ohne wichtige Punkte zu übersehen.

Zur Einführung der "Vorständetagung" als höchstes Organ zwischen den Bundesdelegiertentagen erklärte *Waldemar Hörle*, daß bei diesen Tagungen das Stimmrecht so festgelegt werden sollte, daß nur die Vorsitzenden oder deren Beauftragte votieren.

Zum einen erhalten dadurch die kleineren Bezirke eine reelle Chance ihre bestimmt nicht unwesentlichen Beiträge zum VDFP-Programm beizutragen. Andererseits würde ein prozentuales Stimmrecht dem Grundgedanken einer "Arbeitstagung der Bezirksvorsitzenden" nicht entsprechen.

Nach Meinung der Satzungskommission soll der seitherige Charakter erhalten und kein "amputierter" Bundesdelegiertentag eingeführt werden.

Eine Diskussion zu dem Entwurf sollte jedoch erst nach einer Betrachtung in den Bezirken stattfinden, zumal die Vorsitzenden-treffen im Sinne der alten Satzung hierzu nicht stimmberechtigt sind.

Grund für die beabsichtigte Satzungsänderung ist eine Berücksichtigung der organisatorischen Veränderungen bei der Deutschen Bundespost durch die neuen Bundesländer.

Berichte aus den Bezirken

Die Berichte aus den Bezirken nahmen als Schwerpunkt der Tagung einen breiten Raum in der Diskussion ein:

Organisationsfragen der Bezirke, wie die Beitragsregelung, die Betreuung von Mitgliedern in Tochterfirmen der DBP und die Mitgliederbetreuung im Verkehrsgebiet Ost (VGO) bildeten wichtige Punkte.

Abschlußerklärung

Als Abschluß der zweitägigen Vorsitzendentagung wurde von *Jürgen Berger*, Vorsitzender der VDFP-Nordbaden, die nachfolgende Resolution erstellt und von der Versammlung einstimmig angenommen.

Waldemar Hörle

**Sind Sie umgezogen
oder hat sich Ihre
Anschrift geändert?**

**Wenn ja –
unterrichten Sie
Ihren zuständigen
Bezirksvorstand!**

Auf der Tagung der VDFP-Bezirksvorstände am 27.09.91 in Flensburg wurden folgende Punkte beschlossen:

Den von den Parteien im Deutschen Bundestag und den Vorstandsvorsitzenden der drei Unternehmen der Deutschen Bundespost geführten Diskussionen zur Privatisierung und "Entbeamtung" der DBP kann die VDFP nicht zustimmen.

Für die VDFP bleiben folgende Fragen offen:

Welche beruflichen Perspektiven bieten sich den Beamten des mittleren technischen Dienstes bei den drei Unternehmen der Deutschen Bundespost ?

Wie werden die bisher erworbenen Versorgungsansprüche gewahrt wenn die "Entbeamtung" erfolgt ?

Wie wird den Technikern der Deutschen Bundespost eine Chancengleichheit im EG-Binnenmarkt ermöglicht ?

*

Die VDFP fordert eine attraktive und leistungsbezogene Einstufung in die Besoldungsgruppen von A 8 bis A 11

*

Die VDFP fordert einen anerkannten Bildungsabschluß als Zugangsvoraussetzung zur Technikerlaufbahn

*

Die VDFP fordert den Erhalt einer grundgesetzlichen Verankerung der Deutschen Bundespost

Bezirksplatz für Meßgeräte – Bewertungsverbesserung notwendig

Der Bezirksprüfplatz für Meßgeräte (BzPrPI Meß) ist für die Instandhaltung der Meßgeräte und Meßautomaten in den OPD-Bezirken zuständig, er ist Serviceunternehmen für den Betrieb.

Meßgeräte und Meßautomaten müssen abgenommen, instandgesetzt, gewartet, geändert und ausgemustert werden. Ferner ist das zentrale Meßgerätelager zu verwalten, darunter fallen die Aufgaben: überprüfen, ausleihen, nachweisen und ergänzen der Meßgeräte.

Um eine Bemessung zu ermöglichen, werden Meßgeräte, Meßeinrichtungen und Meßautomaten verschiedenen Aufwandgruppen zugeordnet.

Für die Wartung der Meßgeräte sind Zeitabstände von einem halben Jahr, einem Jahr, zwei und drei Jahren gem. ArbAnwVr 412/82 vorgesehen. Diese Arbeitsanweisung beinhaltet u. a. als Anlage neun Textauszüge aus den VDE-Vorschriften. Diese Vorschriften sind bei der Abnahme, Wartung, Instandhaltung und Änderungen von Meßeinrichtungen zu beachten.

Der Arbeitspostennachweis (ApN) aus dem Jahre 1985 ist für den BzPrPI Meß heute noch gültig, obwohl sich die Anzahl der zu betreuenden Geräte verdoppelt hat und die Arbeitsanweisung, VDE-Vorschriften, Wartungsintervalle usw. nicht verändert haben. Dies bedeutet, daß trotz sehr guter Leistungen der Mitarbeiter am BzPrPI Meß es nicht möglich ist, alle Meßgeräte, Meßautomaten und Meßeinrichtungen termingerecht zu warten. Nur durch die langjährige Erfahrung der Mitarbeiter kann die zunehmende Belastung des Personals ausgeglichen werden.

Diese Leistung hat ein Anrecht auf Anerkennung. Um eine Fluktuation des Personals zu vermeiden, sollte nach Meinung der VDFP die Bewertung für den BzPrPI Meß angehoben werden.

Der Bundesvorstand hat deshalb die Generaldirektion TELEKOM angeschrieben und ein notwendige Bewertungsverbesserung für den Bezirksprüfplatz für Meßgeräte vorgeschlagen.

Bewertung Arbeitsbereich 434 PIN

Die Arbeitssituation der Dienststelle (DSt) PIN ist schon über Jahre hinweg angespannt.

Zusätzliche Tätigkeitsverlagerungen zu dieser DSt,

- die Planungsvorgaben zum raschen Glasfaserausbau,
- der eng terminierte Aufbau der Übertragungsnetze für digitale Vermittlungsstellen
- der Ausbau des Funknetzes C,
- der Aufbau des Funknetzes D sowie
- der beschleunigte ISDN-Aufbau mit den dazugehörigen Ausläufernetzen haben zu keiner Zeit zu einer Entspannung der Arbeitssituation bei den DStn PIN geführt.

Der Bewertungsschlüssel bei vergleichbaren tätigkeitsähnlichen Dienststellen wie PIL, BvL, PIF und BF sind durch Verfügung der Generaldirektion TELEKOM (GD T) vom 10.08.90 wie folgt verbessert worden:

PIL AtNr 431 07 = A 9 : A 8 : A 7
= 35 : 40 : 25
(alt 30 : 45 : 25)

BvL AtNr 432 07 = A 9 : A 8 : A 7
= 35 : 30 : 35
(alt 30 : 30 : 40)

PIF AtNr 371 07 = A 9 : A 8 : A 7
= 35 : 40 : 25
(alt 30 : 40 : 30)

BF AtNr 372 07 = A 9 : A 8 : A 7
= 40 : 40 : 20
(alt 35 : 40 : 30)

Die Bewertung bei der DSt PIN wurde nicht verbessert, so daß der Schlüssel bei der ATNr 434 22 (MA Netzplanung BFT) nach wie vor A 9 : A 8 : A 7 = 30 : 50 : 20 lautet.

Der VDFP ist diese Entscheidung unverständlich, der Bundesvorstand hat deshalb die GD T angeschrieben und für die ATNr 434 22 eine Bewertungsverbesserung vorgeschlagen, die den Anteil A 9 auf 35 Prozent anhebt.

Die SPD und die Privatisierung der DBP

Der "Hamburger Morgenpost" vom 05.07.91 war zu entnehmen, daß sich der SPD-Vorsitzende Björn Engholm die Ausführungen von Diensten in den öffentlichen Bereichen Telekommunikation, Postdienst und Bundesbahn auch durch privatrechtlich

organisierte Betriebe vorstellen könne.

Dies würde nach unserem Kenntnisstand eine Abweichung von der bestehenden "Postpolitik" der SPD bedeuten, da bisher von der SPD eine über das Poststrukturgesetz hinausgehende Privatisierung abgelehnt wurde.

In den "Grundlagen sozialdemokratischer Post- und Telekommunikationspolitik 1984 bis 1990", herausgegeben von der SPD-Bundestagsfraktion, wurde von dieser Partei die Verantwortung des Bundes auch in der dreigeteilten Bundespost herausgestellt.

Bisher sind wir davon ausgegangen, daß die SPD auf der Seite der Postbediensteten steht und aus diesem Grunde auch eine Änderung des Artikels 87 Grundgesetz zugunsten von Privatisierungstendenzen ablehnt.

Für uns stellt sich nun die Frage, ob die SPD den erwähnten Standpunkt zur Privatisierung beibehält.

Der VDFP-Bundesvorstand hat daher den SPD-Vorsitzenden um eine klärende Stellungnahme gebeten; danach hat sich Björn Engholm "keineswegs in die Reihe der generellen Privatisierer eingereiht, sondern angeregt, darüber nachzudenken, welche Dienstleistungen in Zukunft sinnvoller und notwendigerweise von der öffentlichen Verwaltung und welche von privaten Unternehmen erbracht werden sollten".

In einer Pressemitteilung des SPD-Vorstandes vom 10.09.91 sagt die Sprecherin des Vorstandes, *Cornelie Sonntag*, u. a. zu diesem Thema:

„Eine flächendeckende, moderne, zuverlässige Kommunikationsversorgung ist sowohl für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft als auch für die Lebensqualität der Menschen unerlässlich. Post, Postbank und Telekommunikation sind vom Grundgesetz als staatliche Kernaufgabe ausgewiesen, weil sie zur Daseinsvorsorge und einer intakten Infrastruktur gehören und der Schutz des Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung so am besten gewährleistet sind.“

Weiterhin kann man der gen. Pressemitteilung entnehmen, daß eine Übertragung der öffentlichen Kommunikationsversorgung auf Private ausgeschlossen wird. Die Sprecherin betont:

„Für unsere Volkswirtschaft hat die Deutsche Bundespost eine Schlüsselstellung. Im europäischen Binnenmarkt steht sie vor großen Zukunftsaufgaben. Deshalb ist eine fortschrittliche Reform ihrer Unternehmensverfassung notwendig. Dazu gehört die Schaffung eines Holdingvorstandes für die drei Teilunternehmen zur Stärkung der Gesamtverantwortung, zur Nutzung von Verbundchancen und zur Vermeidung bürokratischer Reibungsverluste.“

Die Regulierungspolitik des BMPT, die derzeit die wirtschaftlichen Perspektiven der DBP-Unternehmen drastisch verschlechtert, muß effektiv und demokratisch kontrolliert werden. Hierzu müssen die Einwirkungsmöglichkeiten und die Kompetenz des Infrastrukturrates erweitert und verbessert werden.

Dienstrechtlich gilt es, alte Zöpfe abzuschneiden. Eine leistungsstarke, moderne Bundespost verlangt geradezu ein einheitliches Personalrecht, das nicht mehr nach Arbeitern, Angestellten und Beamten unterscheidet und tarifrechtliche Gestaltungsfreiräume bei der Bundespost eröffnet. Ergänzend bedarf es eines gesetzlichen Grundlagenrechts, das den Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes Rechnung trägt und die soziale Sicherheit der Beschäftigten gewährleistet.“

Wissen Sie's noch ?

Die Deutsche Bundespost, und hier ganz speziell der Fernmeldedienst, war vor der Dreiteilung ein weltweit anerkanntes und vor allem ein finanzstarkes Unternehmen; entstanden (aus den Trümmern des Krieges), allein durch Leistung und starke Motivation des Personals

Aus den Arbeitskreisen

AKr Laufbahngestaltung

Obergrenzen der Beförderungsämter

Der § 26 Bundesbesoldungsgesetz regelt u. a. die Obergrenzen der Beförderungsämter. Nach § 50 Poststrukturgesetz können diese Obergrenzen nach Maßgabe sachgerechter Bewertung überschritten werden. Es ist jedoch nicht erkennbar, ob bei den Planstellenobergrenzen die Anzahl der insgesamt besetzten Dienstposten, (Beamte und Tarifkräfte) oder die nur mit Beamten besetzten Dp als Berechnungsgrundlage anzusetzen ist.

Der VDFP-Bundesvorstand hatte deshalb den Bundesminister des Innern angeschrieben (siehe Nachrichten Nr. 2/91).

Dem jetzt vorliegenden Antwortschreiben ist zu entnehmen:

- daß der Haushaltsgesetzgeber – nach seinem Ermessen – im Rahmen der gesetzlichen Obergrenzen die Anzahl der Planstellen der einzelnen Besoldungsgruppen bewilligt.

- die Dienstposten vom Fachressort festgesetzt werden und
- die Exekutive die bewilligten Planstellen auf die vorhandenen Dienstposten verteilt.
- Maßgebend für die Berechnung der Stellenobergrenzen des § 26 des Bundesbesoldungsgesetzes sind allein die bewilligten Planstellen.
- Nicht von Bedeutung für die Berechnung der Stellenobergrenzen ist die Zahl der Dienstposten (die von der Zahl der Planstellen abweichen kann (Beispiel Stellenpuffer)) und wie diese Dienstposten besetzt sind.

Die o. a. angeführten Grundsätze werden auch von den Postunternehmen beachtet.

* * * * *

AKr Sonderaufgaben

Kilometerpauschale nicht mehr zeitgemäß

Seit über zehn Jahren wird die Benutzung eines aPkw (anerkannt privateigener Personenkraftwagen) mit einer Kilometerpauschale von DM 0,42/km abgegolten.

Auf Grund der sich ständig erhöhenden Anschaffungskosten, der steigenden Unterhaltungskosten, der Erhöhung der Kfz-Steuer und der seit dem 01.07.91 erhöhten Mineralölsteuer hält die VDFP eine Erhöhung der Kilometerpauschale für dringend notwendig.

Der Bundesvorstand hat deshalb am 20.09.91 die GDT angeschrieben und eine Erhöhung der steuerfreien Kilometerpauschale auf kostengerechte DM 0,55 gefordert, wobei diese Erhöhung rückwirkend zum 01.07.91 eingeführt werden sollte.

* VDFP – es gibt keine Alternative *

Aus den Bezirken

Arbeitstagung der BzV-Hessen

Die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstandes der VDFP-Hessen waren zu einer zweitägigen Arbeitstagung am 24. und 25.10.1991 nach Schotten eingeladen.

Der Vorsitzende der OV-Hanau, die auch für die Organisation der Tagung verantwortlich zeichnete, begrüßte die Anwesenden.

Bei dieser Tagung wurde auf die Einladung und Referenten verzichtet, um die gegebene Zeit für die Probleme des mittleren technischen Dienstes und der VDFP frei zu halten.

Zur Einleitung berichtete der Bezirksvorsitzende Paul Heil von der Sitzung der Bezirksvorstände am 26. und 27.09.91 in Flensburg.

Die wichtigsten Punkte waren: der Bericht des VDFP-Bundesvorsitzenden Peter Behrend und die Berichte der Satzungskommission sowie des Arbeitskreises Werbung und Information, die von Waldemar Hörle, Koordinator des Arbeitskreises und Sprecher der Kommission, vorgetragen wurden.
(Anm. d. Redaktion: Wir berichten dazu ausführlich in den VDFP-Nachrichten 3/91)

Neben dem Thema "Beitragsanpassung" wurde eine Werbeaktion der VDFP-Hessen festgelegt, die so gestaltet werden soll, daß die Mitarbeit der Mitglieder vereinfacht wird.

Dem Bericht der VDFP-Spiegel-Redaktion war zu entnehmen, daß die VDFP-Hessen von den anderen Bezirksvereinigungen keine Bezirksinformationen erhält. Es wurde deshalb beschlossen, die seitherige Gepflogenheit einzustellen, jedem Bezirk kostenlos zwei Exemplare des hessischen VDFP-Spiegels zuzusenden.

Zum Abschluß der Tagung stand folgende Entschließung zur Abstimmung:

Die politische Entwicklung nach der Wiedervereinigung, die Entwicklung im übrigen öffentlichen Dienst und bei der Deutschen Bundespost machen es erforderlich, die Situation des mittleren technischen Dienstes zu überdenken.

Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. ist aufgefordert, grundsätzliche Aussagen über die weitere Entwicklung des mittleren technischen Dienstes zu treffen.

Folgende Punkte wurden bei der erweiterten Bezirksvorstandssitzung der VDFP-Hessen am 24. und 25.10.91 in Schotten-Betzenrod erarbeitet und einstimmig beschlossen:

1.
Grundsätzlich sollte an einer Beschäftigung im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis festgehalten werden. Das öffentliche Dienstrecht ist weiter zu entwickeln und in ein Status- und Folgerecht zu gliedern. Das Folgerecht ist gesetzlich zu regeln.

2.
Als Folge der zum 01.10.90 verbesserten Eingruppierungen von Fernmeldehandwerkern/Kommunikationselektronikern sollte die Laufbahn bei A 8 beginnen und mindestens bis A 11 geführt werden.

Da der Einstieg im Besoldungsneuregelungsgesetz 1991 nach A 7 geplant ist, besteht die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes neben dem Eingangsamts nur noch aus zwei Beförderungsrängen.

Um die Beförderungsmöglichkeiten im bisherigen Umfang zu erhalten, muß die Laufbahn nach oben geöffnet werden und mindestens drei Beförderungsränge enthalten sowie den Verwendungsaufstieg mit einschließen.

Grundsätzlich sind die starren Laufbahngrenzen zu beseitigen und durch flexiblere Regelungen zu ersetzen. Starre Laufbahngrenzen sind leistungsfeindlich und behindern individuelle Entwicklungsmöglichkeiten.

3.
Alternativ zu einer Technikerlaufbahn ist eine Überführung des mittleren technischen Dienstes in den gehobenen technischen Dienst, analog der Regelung bei der Hessischen Polizei, zu prüfen.

4.
Das Bestehen der Laufbahnprüfung ist mit einem anerkannten öffentlich-rechtlichen Berufsabschluß zu verbinden. Bei den vorhandenen Beamten ist die entsprechende Anerkennung nachträglich zu vollziehen.

5.
Sollte die Beschäftigung bei der Deutschen Bundespost oder ihren Tochterunternehmen in einem anderen Status als dem bisherigen erfolgen, müssen alle bisher erworbenen Versorgungsansprüche gesichert und erhalten werden.

Diese Entschließung soll dem VDFP-Bundesvorstand und den VDFP-Bezirken zugestellt werden.

Waldemar Hö

Leserbrief

"Unser Mann aus Cottbus"

"Nach einer Woche Bedenkzeit und gemeinsamer Absprache mit meiner Familie entschied ich mich für einen einjährigen Einsatz in der Dienststelle BBi beim FA Cottbus in der Mark Brandenburg; oder wie es auch heißt: im Verkehrsgebiet Ost (VGO).

Mit den Worten: „... dann sind Sie der neue Kollege, auf den wir schon lange warten“ empfing mich ein Mitarbeiter beim Amt und oft muß ich jetzt an diese Begrüßungsworte denken.

Neben meinem sehr persönlichen Engagement wird von mir Organisationstalent, verbunden mit einer großen Portion

"Pioniergeist" erwartet. Dies insbesondere bei der Regelung von Dienstabläufen, Lehrmethoden, Lehrgänge für Kollegen, Beschaffung von neuen Werkzeugen und Arbeitsmaterialien.

Obwohl ich für das erste Ausbildungsjahr zuständig bin, bezieht sich meine Tätigkeit auch auf den erweiterten Dienstbereich: Neueinstellung von Fachkräften in beratender Funktion, Interessenweckung durch Büchervorschläge aus der Fachbranche, Hilfestellung bei der Freizeitgestaltung für Bewohner des Wohnheimes, Motivation der Telekomkräfte und Azubi's für den Umweltbereich (Recycling von Abfällen) sowie Unfallverhütung.

Aber ich sehe mich auch als Mittler zum besseren Verständnis unseres Systems der Telekomtechnik für die Ausbilder und Auszubildenden.

Mein Arbeitstag beginnt mit den ersten Notizen am Frühstückstisch um 6.00 Uhr und endet lange nach dem offiziellen Dienstschluß.

Erleichtert wird meine Tätigkeit durch die Einsatzfreude und die besondere Motivation meiner Kollegen bei der Dienststelle BBi Cottbus gegenüber der Telekomtechnik.

Hervorheben möchte ich die herzliche Aufnahme im Team und die entgegengebrachte Fürsorge. Dieser Herzlichkeit

begegnete ich übrigens bei vielen Ansprechpartnern des FA Cottbus. Hinzu kommt noch die aktive Unterstützung vieler Kollegen der BBi Augsburg.

Den Dienststellen BBi Cottbus und Augsburg möchte ich auf diesem Wege für ihre Mitarbeit und Unterstützung recht herzlich danken.

Trotz mancher Hindernisse, die oft im Detail liegen, ist es für mich immer wieder eine große Freude, wenn ein neuer Abschnitt zu unserem gemeinsamen Ziel "Aufbau der BBi Cottbus" gemeistert wurde.

Johann Ziegler"

Anm. d. Redaktion:

Johann Ziegler, Bezirksvorsitzender der VDFP-Südbayern, ist vorübergehend im FA Cottbus, DSt BBi und telefonisch unter der Rufnummer (00 37 59) 66 27 - 816 zu erreichen.

Post-Press-Dienst

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat in seinen abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 1992 einen gemeinsamen Vorschlag des Bundespostministers und des Bundesfinanzministers aufgegriffen, die Unternehmen der Deutschen Bundespost von der 10 %-igen Ablieferung auf die Betriebseinnahmen im Verkehrsgebiet Ost vorübergehend zu befreien. Die Vereinbarung gilt für die Haushaltsjahre 1992 bis 1995.

Nach derzeitigen Berechnungen geht es dabei um insgesamt 2,76 Milliarden DM. Davon entfallen rund 1,7 Milliarden DM auf die Deutsche Bundespost TELEKOM und eine Milliarde DM auf die Deutsche Bundespost Postdienst.

Aus dem Bundestag

Besoldungsanpassungsgesetz vom Bundestag verabschiedet – A 7 jetzt Eingangsamt für den mittleren technischen Dienst

Am 7. November 1991 hat der Deutsche Bundestag das Besoldungsanpassungsgesetz 1991 verabschiedet. Damit wird eine lineare Erhöhung um 6 % der Bezüge rückwirkend zum 1. März 1991 rechtskräftig.

Des weiteren werden auch die Beamten des mittleren technischen Dienstes durch Festsetzung günstigerer Stellenobergrenzen besser bezahlt, und die Besoldungsgruppe A 7 wird als Eingangsbesoldung im mittleren technischen Dienst zugelassen.



Die Berufsgruppenvertretung des mittleren technischen Dienstes der DBP



Anzeige

Neu

Für Briefmarkensammler und VDFP-Mitglieder

mehr davon lesen Sie auf Seite 8



Gutschein



Der kleine Hamburger
Klaus-Joachim Volmer
Charlottenburger Str. 35

2000 Hamburg 70

Lt. umseitigen Angaben
bestelle ich

Absender

Unterschrift

Anschrift für den Einzelversand:

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.
– Der Bundesvorstand – Postfach 10 22 25, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH
Am Hermannsberg 5, 7768 Stockach

Verantwortliche Redakteure:
Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt 50, Tel. (069) 57 16 55
Kurt Wetzlar, 6236 Eschborn, Tel. (06196) 48 21 21
(Mo. u. Mi. bis Fr. von 9.00 bis 10.00 Uhr)

Ständiger Mitarbeiter:
Rudolf Klein, 6100 Darmstadt, Tel. (06151) 2 19 57

Bezugspreis: (DM 1,60) – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der **VDFP** oder der **Redaktion** dar. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesandte Artikel zu überarbeiten und ggf. zu kürzen. Die Zurücksendung von Manuskripten erfolgt nur bei entsprechendem Hinweis. **Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Bundesvorstandes oder der Redaktion gestattet.**



Die Berufsgruppenvertretung des mittleren technischen Dienstes der DBP



Anzeige

– Philstart Junioren – Album –

Mit dem „Philstart“ Juniorenalbum werden besonders dem jüngeren Sammler ein preisgünstiges Vordruckalbum angeboten.

Diese neue Form beruht auf langjähriger Erfahrung im Umgang mit Briefmarken.

Jedes Blatt ist optisch harmonisch aufgeteilt und doch streng numerisch geordnet. Der Text gibt Auskunft über Ausgabetag, Anlaß oder Motiv sowie Papiersorte, Wasserzeichen und Zähnung der Marken. Die Katalognummer ist auch noch nach dem Belegen des Feldes weiter sichtbar. Dies wird von jedem Markensammler sehr begrüßt. Er kann die Blätter für gebrauchte Marken direkt verwenden, aber auch das Aufbringen von Klebetaschen in transparent oder schwarz ist möglich.

Die Blattgröße ist DIN A4-Format, 4 x gelocht, cremefarbiger Karton. Man kann daher jeden normalen Ringbinder für die Unterbringung der Blätter verwenden. Aber auch ein preisgünstiger Sammelordner mit Rückenschild ist in verschiedenen Farben erhältlich.

Es ist also an alles gedacht, was das Briefmarkensammeln nicht zum Preisproblem werden läßt.

Dieses neue Briefmarken-Album mit all seinen Vorteilen wird auch jeden erfahrenen Sammler begeistern und eine wertvolle Hilfe sein.

Leerblätter für Besonderheiten und transparente Plastikdeckfolien sind ebenfalls erhältlich.

In Absprache mit unserem Verlag und dem Vertriebs Händler werden für VDFP-Mitglieder Sonderkonditionen gewährt.

Benutzen Sie den Gutschein!

ermäßigte Preise für VDFP-Mitglieder

Bestellung

Berlin West (90 Blatt)	Preis DM 38,--
Deutsches Reich (86 Blatt) 1871 - 1945 incl. Dienstmarken	Preis DM 38,--
BRD - 1990 (129 Blatt)	Preis DM 62,--
Alliierte Besetzung (33 Blatt)	Preis DM 15,60
Saar (42 Blatt)	Preis DM 19,60
DDR (320 Blatt)	Preis DM 148,--
..... St. Leerblätter	Preis DM 0,40
..... St. PVC Deckfolie	Preis DM 0,40
..... St. Ringordner	Preis DM 15,--
..... St. Ringordner groß 4 cm Füllhöhe	Preis DM 20,50

Preise zuzüglich Portokosten